



Lisa Waegerle

**Klimaanpassungspolitik in Nicaragua:
Perspektiven auf gerechtere
Partizipationsmöglichkeiten
durch Basisorganisationen**



OneWorld Perspectives

U N I K A S S E L
V E R S I T Ä T



012014 | Working Papers

Lisa Waegerle

Klimaanpassungspolitik in Nicaragua: Perspektiven auf gerechtere Partizipationsmöglichkeiten durch Basisorganisationen

Redaktion:
Stefan Peters (verantwortlich)
Zjelko Crncic
Nico Weinmann

<http://www.social-globalization.uni-kassel.de/oneworld-perspectives>

ISSN: 1862-2674

Dieses Arbeitspapier entstand in Kooperation mit dem Promotionskolleg Global Social Policies and Governance
und mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung

Hans **Böckler**
Stiftung 



Inhaltsverzeichnis

A.	Abkürzungsverzeichnis	2
1.	Einleitung und Vorhaben	3
1.1	Klimaanpassungspolitik durch Basisorganisationen?	3
1.2	Aufbau und theoretisches Konzept der Arbeit	5
2	Methodische Überlegungen	7
2.1	Auswahl der Basisorganisationen	7
2.2	Auswahl der Untersuchungsgebiete	8
2.3	Konzeption der Untersuchung	9
2.4	Datenaufbereitung- und auswertung	10
3	Vulnerabilität und Klimaanpassung in Nicaragua	12
3.1	Klimawandelfolgen in Nicaragua	12
3.2	Klimaveränderungen in den Untersuchungsgebieten	12
3.3	Vulnerabilität und Klimaanpassung aus sozial-ökologischer Betrachtung ..	14
4	Was ist gerecht?	16
4.1	Gerechtere politische Partizipationsmöglichkeiten	16
4.1.1	Handlungsmöglichkeiten der BewohnerInnen	17
4.1.2	„Neue“ umweltbezogene Bewegungslandschaft in Lateinamerika .	18
4.1.3	(Trans)nationale Bewegungsorganisationen in Zwischenräumen ..	19
4.2	Arbeitsbegriff: Gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten .	20
5	Intersektionale politische Zugangsmöglichkeiten	22
5.1	Vielschichtigkeit ungleicher Zugangsmöglichkeiten	22
5.2	Die intersektionale Mehrebenenanalyse	22
5.3	Intersektionale Wechselwirkungen auf drei Ebenen	26
5.3.1	Formale politische Partizipationsräume	27
5.3.2	Basisorganisationen	29
5.3.3	Einfluss von Klimaschutz und Klimaanpassung auf die Partizipationsräume	33
5.3.4	Vertiefung der genannten Repräsentationen	34
5.4	Intersektionale politische Vulnerabilität	36
6	Gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten durch Basisorganisationen ..	40
6.1	Handlungsmöglichkeiten durch Basisorganisationen	40
6.1.1	Informationsquellen und Weiterbildungsmaßnahmen	40
6.1.2	Politische Repräsentation der Basisorganisationen	42
6.2	Gerechtere Klimaanpassungspolitik durch emanzipatorische Basisorganisationen	43
7	Schlussbetrachtung und Ausblick	46
B.	Literaturverzeichnis:	50



A. Abkürzungsverzeichnis

ADINJA	Asociación para el Desarrollo Integral para la Niñez y la Adolescencia, (Integrale Fördervereinigung für Kinder und Jugendliche)
ADM	Asociación para el Desarrollo Municipal, (Organisation für kommunale Entwicklung)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BO/en	Basisorganisation/en
CDD	Consejos de Desarrollo Departamental, (departamentale Entwicklungskomitees)
CDM	Consejos de Desarrollo Municipal, (munizipale Entwicklungskomitees)
CEAP	Centro de Estudios y Análisis Político, (Zentrum für Studien und Politikanalyse)
CEDRU	Centro de Desarrollo Rural, (Zentrum für rurale Entwicklung)
CEI	Centro de Estudios Internacionales, (Zentrum für internationale Studien)
CONPES	Consejo Nacional de Planificación Económica y Social, (Nationaler Rat für Wirtschafts- und Sozialausschuss)
COP	Conference of Parties
CPC	Consejo de Poder Ciudadano, (Bürgermachtsräte)
EJ	Environmental Justice
EZ-NGO	Entwicklungszusammenarbeit-NGO
FSLN	Frente Sandinistas de Liberación Nacional (Sandinistische Nationale Befreiungsfront)
GMI	Grupo de Mujeres para la Incidencia, (Frauengruppe zur (politischen) Beeinflussung)
GNPC	Gabinete Nacional del Poder Ciudadano (Nationales Kabinett der Bürgermacht)
GO	Grassroots Organisations
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
JS	Jovenes Sandinistas, (Junge Sandinisten)
LCD	Least Development Countries
MARENA	Ministerio del Ambiente y los Recursos Naturales (Umweltministerium)
MINSA	Ministerio de Salud (Gesundheitsministerium)
MST	Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra
NAPA	National Adaptation Programmes of Action
NGO	Non Governmental Organisation
ONDL	Oficina Nacional de Desarrollo Limpio
Red Local	Red Nicaragüense de la Democracia y el Desarrollo Local (Nicaraguanischen Netzwerkes für Demokratie und lokale Entwicklung)
SÖF	Sozial-ökologische Forschung
UCA	Universidad Centroamericana
UNFCCC	United Nation's Framework Convention on Climate Change
VertG	Verteilungsgerechtigkeit
VG	Verfahrensgerechtigkeit



1. Einleitung

1.1 Klimaanpassungspolitik durch Basisorganisationen?

Die Folgen des Klimawandels wirken sich unterschiedlich auf die Lebensbedingungen der lokalen Gesellschaften aus und beeinträchtigen laut des Berichts des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) vor allem die Biodiversität, land- und forstwirtschaftliche Bereiche sowie die menschliche Gesundheit (IPCC 2007). Der Klimaschutz zur Abmilderung der Klimawandelfolgen (*mitigation*) reicht in Anbetracht der Prognosen für die kommenden Jahre nicht aus, um die negativen Effekte des Klimawandels einzuhegen und macht Anpassungsmaßnahmen (*adaptation*) unabdingbar (Adger 2001; IPCC 2007), denn „[d]er Klimawandel ist real, er beruht auf sozial ungleich verteilten Ursachen und führt zu sozial ungleich verteilten Betroffenheiten [...]“ (Brunnengräber 2011: 18). Das heißt, Klimaanpassungsmaßnahmen sind stark mit Gerechtigkeitsfragen¹ verbunden. Politische Antwortstrategien² müssen demnach sozialwissenschaftliche Fragen beachten, wie „who suffers what“ (Paavola et al. 2002: 2), wer hat Zugangschancen zu Anpassungsmaßnahmen und wer entscheidet, welche von den Maßnahmen die Anpassungsfähigkeit welcher Personen(gruppen) erhöhen kann bzw. wie lassen sich betroffene Personen überhaupt identifizieren? Aus der Sozialwissenschaft werden hierfür vor allem Kooperations- und Partizipationsformen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure gefordert, um eine demokratische Klimaanpassungs-Governance zu erreichen. Zwischen den politischen Ebenen existieren aufgrund vielfältiger Machtverhältnisse verschiedene Partizipationshindernisse (Adger et al. 2006: 275; Brunnengräber et al. 2011: 18).

Anpassungsmaßnahmen sind vor allem für subsistenzorientierte rurale Gebiete in Ländern des globalen Südens – die stärker von einer sozioökonomischen Marginalisierung betroffen sind – aufgrund der direkten Verwundbarkeit der BewohnerInnen gegenüber Klimawandelfolgen essentiell (Adger et al. 2003; Paavola et al. 2006; Dietz 2011a). Um die Anpassungsfähigkeit der ländlichen Bevölkerung tatsächlich zu erhöhen, ist deren Teilhabe an Entscheidungsprozessen notwendig. Diese können ihnen ermöglichen ihre Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren und die Auswahl von Klimaanpassungsmaßnahmen politisch zu beeinflussen (Adger et al. 2006; Dietz 2011a). Allerdings verfügen sozioökonomisch marginalisierte Personen(gruppen) gemeinhin über eingeschränkte Möglichkeiten zur politischen Mobilisierung und Teilhabe an Verhandlungen (Adger et al. 2006; Wolff 2012: 78). Dennoch erleben nicht alle BewohnerInnen Partizipationshindernisse in der gleichen Art und Weise, d.h. manche ländlichen Personen(gruppen) haben es einfacher sich an politischen

¹ Die internationale Gemeinschaft hat das Prinzip der Gerechtigkeit in der Klimarahmenkonvention UNFCCC (United Nation's Framework Convention on Climate Change) in Artikel 3 und 4 integriert (UNFCCC 1992: 5f.). Über den Marrakech-Akkord wurden 2001 Kriterien entwickelt, die Anpassungsfähigkeit sogenannter Least Development Countries (LDC) zu erhöhen und die Verfahrensgerechtigkeit, d.h. die gleichberechtigte Teilnahme zwischen VertreterInnen aus dem globalen Norden und dem globalen Süden zu erhöhen. Dennoch hat die Mehrheit der Länder des globalen Südens nach wie vor weniger Partizipationsmöglichkeiten bei Entscheidungsprozessen, als Länder des globalen Nordens, da sie bspw. im Vergleich weniger finanzielle Mittel für Forschungsaktivitäten haben (Paavola et al. 2002: 1; Adger et al. 2006: 275).

² Innerhalb der internationalen Klimaverhandlungen wurden als ein Beispiel Anpassungsfonds eingerichtet, anhand derer u.a. die Least Development Countries (LDC) mit verschiedenen Anpassungsmaßnahmen unterstützt werden sollen. Dafür, um Anspruch auf die finanziellen Mittel zu haben, müssen die LDC ihren eigenen Nationalen Anpassungsplan, den *National Adaptation Programme of Action* (NAPA) anfertigen (Brunnengräber et al. 2008: 93).

Verhandlungen zu beteiligen als andere und sind dadurch in der Regel weniger verwundbar gegenüber Klimawandelfolgen, da sie ihre Interessen artikulieren und ggf. durchsetzen können. Partizipationshindernisse können vor allem über direktdemokratische Instrumente oder über Bewegungsorganisationen, die subalterne³ Personen(gruppen) für eine Teilnahme an politischen Verhandlungen mobilisieren, aufgebrochen werden (Adger et al. 2006; Schlosberg 2009, 2012).

Diese Arbeit befasst sich mit dem skizzierten Themenkomplex mit einem Fokus auf Nicaragua. In dem zentralamerikanischen Land existiert seit 2003 ein umfassendes Partizipationsgesetz mit lokalen Entwicklungskomitees (CDM). Zudem hat der amtierende Präsident Nicaraguas, Daniel Ortega im Jahr 2007 parallel direktdemokratische Bürgermachtsräte (CPCs) per Dekret erlassen. Verschiedene Studien kamen bisher jedoch zu dem Ergebnis, dass weder die CDMs noch die CPCs gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten der Gesellschaftsmitglieder an politischen Verhandlungen erzeugen (Prado et al. 2009; Stuart Almendárez 2009; Dietz 2011a). Besonders subalterne Personen(gruppen) werden weiterhin von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen (Dietz 2011a: 270). Diese Erkenntnisse werden von der vorliegenden Studie aufgenommen und auf die Fragestellung nach dem Potential von Basisorganisationen⁴ analysiert, gerechtere Zugangsmöglichkeiten für ländliche BewohnerInnen zu politischen Verhandlungen und/oder Entscheidungsprozessen zu schaffen⁵. Die Studie basiert auf der empirischen Analyse von zwei Basisorganisationen in ländlichen Gegenden Nicaraguas, die u.a. zu den Themen Klimawandel/Klimaanpassung und politische Partizipationsmöglichkeiten arbeiten. Beide Organisationen tauschen sich mit nationalen sowie transnationalen sozial-ökologischen Bewegungsorganisationen aus. Die erste dieser Basisorganisationen ist die *Asociación para el Desarrollo Integral para la Niñez y la Adolescencia - ADINJA* (Integrale Fördervereinigung für Kinder und Jugendliche), die vor allem mit dem „Theater der Unterdrückten“ (Boal 1979) arbeitet und den ZuschauerInnen aktuelle politische Informationen spielerisch aufbereitet. Die zweite Basisorganisation stellt die *Grupo de Mujeres para la Incidencia – GMI* (Frauengruppe zur politischen Beeinflussung) dar, die insbesondere versucht, politische Informationen in ihre Dörfer zu transferieren und über Projektanträge Forderungen an die kommunalen Haushalte zu stellen.

Der Fokus auf diese Gruppen nimmt die Arbeiten von Brand (2005) und Brunnengräber (2011) auf, die zivilgesellschaftliche Bewegungsorganisationen als Hoffnungsträger gegenhegemonialer Strukturen⁶ in der aktuellen Klimadebatte bezeichnen. Diese Organisationen gelten ihnen als alternative Regulierer, da

³ Den Begriff ‚subaltern‘ hat Antonio Gramsci geprägt, mit dem er vor allem politische Zugangsbarrieren anhand hegemonialer Strukturen erklärte (Scherrer 1994).

⁴ Bewegungsorganisationen werden in dieser Arbeit verstanden als der Oberbegriff von nicht-staatlichen Organisationen, wie NGOs, Basisorganisationen, sozialen Bewegungen.

⁵ In dieser Arbeit wird ausschließlich Bezug auf die Zugangsmöglichkeiten genommen. Gerechtere Zugangsmöglichkeiten werden als Voraussetzung gerechterer Teilhabemöglichkeiten an politischen Verhandlungen oder Entscheidungsprozessen verstanden. Die Analyse gerechterer Teilhabechancen verlangt u.a. längere Forschungsaufenthalte und war im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich.

⁶ An den hegemonialen Strukturen wird die Kritik geäußert, dass sie die zeitlichen, räumlichen und sozialen unterschiedlichen Ursachen und Vulnerabilitäten des Klimawandels nicht betrachten, sondern den Klimawandel lediglich als globales Problem bezeichnen. Diese politische Bearbeitung widerspiegelt sich auf internationaler Ebene durch die UNFCCC-Klimarahmenkonvention und dessen zentralem Instrument, dem Kyoto-Protokoll, deren Erfolge, wie bspw. die Emissionsreduktion, bisher die Probleme eher verlagern (z.B. der Clean Development Mechanism, ein Instrument des Kyoto-Protokolls), als strukturell verbessern (Brand 2005; Brunnengräber et al. 2008).



anhand (trans-)nationaler Bündnisse Impulse für die lokale Arbeit entstehen und Machtverhältnisse u.a. aufgrund der globalen Öffentlichkeit verändert werden können. Insgesamt erhalten Basisorganisationen in der Wissenschaft nur geringe Berücksichtigung. Die vorliegende Arbeit möchte einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leisten und das Potential (trans-)nationaler Basisorganisationen empirisch untersuchen. Das Forschungsinteresse liegt auf den Fragen, inwieweit ADINJA und GMI Handlungsmöglichkeiten der BewohnerInnen in den Untersuchungsgebieten durch a) Reflektion bestehender Stereotype und gesellschaftlicher Machtverhältnisse (*Anerkennung*), b) Weiterbildungsmöglichkeiten und Zugang zu (globalen) Informationen (*Umverteilung*) sowie c) eine Interessensvertretung (Repräsentation) schaffen bzw. ausweiten (können). Diese drei Handlungsmöglichkeiten sind an Frasers dreidimensionale Gerechtigkeitskonzeption angelehnt (Fraser 2009)⁷. Die Ergebnisse sollen Aufschlüsse darüber geben, ob die Basisorganisationen Ausschlussmechanismen von ländlichen Personen(gruppen) anhand der Handlungsmöglichkeiten reduzieren und/oder aufbrechen können. Ferner sollen Einschätzungen darüber gegeben werden, inwieweit die Basisorganisationen die formalen Partizipationsmöglichkeiten am Beispiel der CPCs für eine gerechtere Klimaanpassungspolitik transformieren und zu einer langfristig gerechteren Klimaanpassungspolitik beitragen können.

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist, dass der Klimawandel kein rein ökologisches, sondern ein sozial-ökologisches Phänomen darstellt (Dietz 2011a). Das heißt, Klimawandelfolgen, wie Dürre oder Hitzewellen, treffen auf unterschiedliche gesellschaftliche Realitäten, wie politische Marginalisierung, soziale Ungleichheiten etc. und führen zu unterschiedlichen Vulnerabilitäten. Außerdem wird davon ausgegangen, dass sich die Verwundbarkeit von Personen(gruppen) gegenüber Klimawandelfolgen anhand miteinander verwobener Ungleichheitskategorien (z.B. Klassen,- und Geschlechterverhältnisse) reduzieren oder verstärken kann (Winker et al. 2008). In der Arbeit werden nicht speziell die Zugangsmöglichkeiten zu klimarelevanten Entscheidungsprozessen analysiert, sondern allgemein zu politischen formalen und informellen Verhandlungen, über die langfristig eine gerechtere Klimaanpassungspolitik ausgetragen werden kann.

1.2 Aufbau der Arbeit

Da während der gesamten Arbeit auf empirische Ergebnisse der Forschungsaufenthalte zurückgegriffen wird, wird bereits im zweiten Kapitel das methodische Vorgehen skizziert. Im dritten Kapitel werden Klimawandelfolgen in Nicaragua und in den ländlichen Untersuchungsgebieten dargestellt und darauf aufbauend die Relevanz der wissenschaftlichen Bearbeitung der Themenfelder Klimaanpassung und Vulnerabilität erläutert. Die Arbeit bezieht sich dabei auf die politische Dimension des Vulnerabilitätsansatzes von Kristina Dietz (2011a), die im fünften Kapitel angewandt wird. Vorher wird im vierten Kapitel ein Arbeitsbegriff gerechterer Zugangschancen zu politischen Verhandlungen anhand des Teilkonzeptes der umweltbezogenen Gerechtigkeit, der Verfahrensgerechtigkeit, mit Hilfe der dreidimensionalen Konzeption von Gerechtigkeit nach Nancy Fraser und der *scale*-Debatte konzipiert. Dabei wird in dieser Arbeit davon ausgegangen, dass Anerkennung, Umverteilung und Repräsentation durch Basisorganisationen eine Voraussetzung für eine Verfahrensgerechtigkeit darstellen, die gerechtere Zugangsmöglichkeiten zu

⁷ Fraser dreidimensionale Gerechtigkeitskonzeption wird in Kap. 4. dargestellt.



politischen Verhandlungen ermöglichen können. In den Kapiteln fünf und sechs werden die empirischen Ergebnisse der Studie präsentiert. Im fünften Kapitel wird anhand der intersektionalen Mehrebenenanalyse nach Winker et al. (2009) untersucht, welche Wechselwirkungen von Ungleichheitskategorien Zugangsmöglichkeiten zu politischen Entscheidungsprozessen für lokale BewohnerInnen erschweren oder begünstigen. Hierfür wird die politische Dimension des Vulnerabilitätsansatzes von Dietz (2011a) mit der intersektionalen Mehrebenenanalyse kombiniert. Ferner werden drei Gruppen gebildet, die unterschiedliche politische Vulnerabilitäten aus intersektionaler Betrachtung aufweisen. Das Potential von Basisorganisationen, ländliche BewohnerInnen für eine Teilnahme an politischen Verhandlungen zu mobilisieren, wird anhand dieser drei Gruppen im sechsten Kapitel analysiert. Das empirischen Material wurde mit der zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) analysiert. Im siebten Kapitel werden die theoretischen und empirischen Ergebnisse zusammengetragen.⁸

⁸ Das empirische Material wurde mit der zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) analysiert. Um das Lesen der vorliegenden Studie zu vereinfachen, werden spanische Zitate im Text von der Autorin übersetzt; das Original befindet sich in den Fußnoten. Quellenangaben, die vor dem Nachnamen mit einem I oder mit BewohnerInnen A-I gekennzeichnet sind, weisen auf ein Interview hin, die beiden Gruppendiskussionen werden in der Quellenangabe mit GD1 oder GD2 kenntlich gemacht.



2 Methodische Überlegungen

2.1 Auswahl der Basisorganisationen

„[J]e mehr sich NGOs über die Zeit professionalisiert haben, desto größer wurde die Gefahr, dass sie ihre Bodenhaftung und ihren basisdemokratischen Anspruch verlieren. Und je stärker sie auf reale politische Prozesse Einfluss ausüben, desto eher verlieren sie ihre Fähigkeit, dem Gemeinwohl eine Stimme zu verleihen“ (Unmüßig 2011: 51).

Das einleitende Zitat spricht ein grundlegendes Problem von Bewegungsorganisationen an, das bei der Auswahl der Basisorganisationen für die vorliegende Arbeit berücksichtigt wurde. Klima-NGOs sind zwar spätestens seit der „NGO-Karawane“ (Unmüßig 2011: 49) auf der COP15 (Conference of Parties) in Kopenhagen heterogener und transnationaler geworden. Im Vergleich zu früheren Klimaverhandlungen greifen sie inzwischen häufiger Themen wie Klimagerechtigkeit⁹ und Nord-Süd-Kooperationen auf (ebd.). Entscheidend für die neuen Strukturen sind aber Basisorganisationen, die lokale Interessen und Bedürfnisse kennen und auf deren Wissen global agierende Bewegungsorganisationen nicht verzichten können, wenn sie ihre Basisverbundenheit unterstreichen. Trotz dieser Relevanz bleibt das Interesse für Basisorganisationen (BO) in der Wissenschaft gering. BO oder im angelsächsischen Grassroots Organisations werden im Kontext dieser Arbeit als Organisationsstrukturen verstanden, deren TeilnehmerInnen erstens, hauptsächlich aus einem kleinen geographischen Raum (Basis oder Wurzel) kommen, zweitens, im direkten Austausch mit den BewohnerInnen stehen (Reziprozität) und drittens, das Ziel verfolgen, lokale Interessen und Bedürfnisse zu mobilisieren, diese anhand (trans-)nationaler Kontakte in anderen geographischen Maßstabsebenen zum Ausdruck zu bringen und dabei vom Wissen anderer Organisationen zu profitieren. BO werden nicht mit Non Governmental Organisations (NGOs) gleichgesetzt¹⁰, sondern als autonom verstanden, d.h. als Form staatlicher und institutioneller Unabhängigkeit von traditionellen AkteurInnen (Staat, internationale Organisationen, NGOs) (Schön 2008: 49). Die beiden BO, die Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit sind, vereinen diese Kriterien in sich.

⁹ Aus sozialen Bewegungen entstanden, meint der Begriff *Klimagerechtigkeit* die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte im Umgang mit der globalen Erwärmung. Besondere Berücksichtigung erfuhr und erfahren bis heute dabei (globale) Machtstrukturen und damit verknüpft die Kritik an den gesellschaftlichen Naturverhältnissen (Brunnengräber et al. 2007: 104).

¹⁰ In der Literatur werden BO oder GO oft mit NGOs gleichgesetzt. Die Autorin sieht vor allem darin einen großen Unterschied, dass sich TeilnehmerInnen von BO für das Gemeinwohl ihrer Umgebung einsetzen, in dem sie leben und das sie persönlich kennen. Für das Engagement erhalten sie keinen Lohn, wie NGO-MitarbeiterInnen und werden daher weder von der meist hierarchischen Organisationsstruktur der NGOs noch von (inter)nationalen Geberorganisationen gelenkt. Ich danke Juan Gabriel für diesen Gedanken.

2.2 Auswahl der Untersuchungsgebiete

Nicaragua wurde als Fallbeispiel ausgewählt, da das Land erstens, eines extreme Vulnerabilität gegenüber dem Klimawandel aufweist (siehe Kap.3.2), zweitens, dort seit 2007 direktdemokratischen Bürgermächtsräte implementiert wurden, die in der Kritik stehen¹¹ und dadurch drittens, eine Untersuchung des Mobilisierungspotentials von ländlichen BO interessant wird bzw. auch Aufschluss darüber verspricht, inwiefern formale Partizipationsräume durch die beiden BO gerechter gestaltet werden (können)¹².

(Eigene Grafik, erstellt durch stepmap.de)



Abbildung 1: Die Untersuchungsregion Boaco, Nicaragua

Das Forschungsvorhaben wurde in Nicaragua im *departamento* (Bezirk) Boaco in den Gemeinden Boaco und Camoapa realisiert. Nicaragua gilt nach Haiti als das zweitärmste Land Lateinamerikas und weist hohe Zahlen extremer Armut auf (BMZ 2012). Im Vergleich zu seinen mittelamerikanischen Nachbarn, misst der Gini-Koeffizient für Nicaragua allerdings eine niedrigere soziale Ungleichheit (UNDP o.J.). Die Gemeinde Boaco, benannt nach dem Bezirk, hat ca. 52.400 EinwohnerInnen, mehr als die Hälfte davon (29.231) leben im ländlichen Raum. Die Gemeinde Camoapa hat ca. 40.700 EinwohnerInnen, wovon 67% im ländlichen Raum leben. Im Bezirk Boaco sind 56% der Bevölkerung in der Landwirtschaft und Viehzucht (Rinder, Milchprodukte) beschäftigt, wodurch ihre Lebensgrundlage direkt durch den Klimawandel betroffen wird.

Die Interviews und Hintergrundgespräche wurden in der Gemeinde Boaco und dort im Dorf Baguas sowie in der Gemeinde Camoapa in den beiden Dörfern La Caleta und Masigüito geführt. Die Auswahl fiel auf diese drei Dörfer, da erstens, in der vorliegenden Arbeit der ländliche Raum untersucht wird und zweitens, die beiden Basisorganisationen der Fallstudie in je zwei der drei Dörfer aktiv sind; ADINJA in Baguas und La Caleta, GMI in La Caleta und Masigüito.

¹¹ Die Bürgermächtsräte werden im Kap.5 kritisch diskutiert.

¹² Diese Frage wird in Kap.6 mit einer Einschätzung beantwortet.



2.3 Konzeption der Untersuchung

Während des ersten Forschungsaufenthalts in den Monaten Juli bis September 2011¹³ wurden neben einer Dokumentenstudie und einer Gruppendiskussion mit ADINJA weitere Interviews und Gespräche mit VertreterInnen von NGOs, einem lokalen Regierungsvertreter, einem Universitätsprofessor sowie Bauern- und Landarbeiterorganisationen realisiert. Das empirische Material diente als Grundlage für einen weiteren Forschungsaufenthalt im April 2012. Während des ersten Forschungsaufenthaltes gaben die Interviews und die teilnehmende Beobachtung Aufschluss über die Bedeutung der Kategorie Geschlecht für die Zugangsmöglichkeiten zu politischen Verhandlungen und auch ganz generell für den Umgang mit Klimawandelfolgen. Aber auch innerhalb der Kategorie Geschlecht und auch bei anderen Ungleichheitskategorien (Alter, Klassenverhältnisse) und ihrer Verbindung wurden politische Zugangsbarrieren beobachtet, sodass die Durchführung einer intersektionalen Analyse sinnvoll erschien. Daher wurden während des zweiten Forschungsaufenthaltes im April 2012 neun semi-strukturierte Interviews mit BewohnerInnen (sechs Frauen, drei Männern)¹⁴ in den drei Dörfern zweier Gemeinden, Interviews mit einem Vertreter des nicaraguanischen Netzwerkes für Demokratie und lokale Entwicklung (Red Local), der Frauen- und Umweltbeauftragten des nicaraguanischen Umweltministeriums (MARENA) sowie eine Gruppendiskussion mit verschiedenen VertreterInnen ländlicher Organisationen¹⁵ durchgeführt. Die neun InterviewpartnerInnen wurden anhand der drei theoriegeleiteten Kategorien (Geschlecht, Alter, Klassenverhältnisse) ausgesucht (Tabelle 1). Weiter wurde darauf geachtet, keineN BewohnerIn auszuwählen, die_der aktuell innerhalb einer der beiden Basisorganisationen ADINJA oder GMI aktiv ist. Die Auswahl der ersten InterviewpartnerIn wurde zuvor mit einem Mitarbeiter der NGO *Asociación para el Desarrollo Municipal* (ADM) besprochen, der seit langer Zeit in den drei Gemeinden tätig ist. Anschließend wurden nach dem Schneeballprinzip die weiteren InterviewpartnerInnen anhand theoriegeleiteter Kategorien ausgewählt.

Tabelle 1: Auswahlkriterien der neun InterviewpartnerInnen

Geschlecht	Alter	Bildungsabschluss	Beruf
W (Bewohnerin A)	35	Keinen	Subsistenzbäuerin/ Köchin
W (Bewohnerin B)	18	Primärstufe	Subsistenzbäuerin/ Konditorin
W (Bewohnerin C)	25	Primärstufe	Subsistenzbäuerin
W (Bewohnerin D)	54	Sekundärstufe	Subsistenzbäuerin/ Lehrerin

¹³ Die Erhebungen habe ich während eines dreimonatigen Aufenthaltes mit dem ASA Süd-Nord Programm von Juli bis September 2011 in Nicaragua durchgeführt.

¹⁴ Aufgrund des geschlechtsspezifischen Erkenntnisinteresses wurden zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer für die Befragungen ausgewählt (Gahleitner 2008: 226).

¹⁵ An der Gruppendiskussion am 26.04.2012 haben insgesamt neun Personen teilgenommen. Vertreten haben sie die Gruppen *Grupo de Mujeres para la Incidencia* (GMI), *Jovenes Senderos del Amanecer* (christliche Jugendgruppe) und *Casa de las Mujeres* (Frauenhaus), und Mitglieder des CPC und CDM. Die TeilnehmerInnen wurden ausgewählt, weil sie Kenntnisse über die lokalen Realitäten haben und die Arbeit der Basisorganisationen kennen.



W (Bewohnerin E)	22	Primärstufe	Subsistenzbäuerin
W (Bewohnerin F)	43	Keinen	Subsistenzbäuerin
M (Bewohner G)	59	Primärstufe	Bauer
M (Bewohner H)	39	Sekundärstufe	Bauer
M (Bewohner I)	24	Keinen	Subsistenzbauer

(Eigene Darstellung)

Die Interviews dienten dazu, induktive Ungleichheitskategorien herauszukristallisieren und Überkreuzungen aller Ungleichheitskategorien zu verstehen¹⁶ sowie das Potenzial von BO zu analysieren, Zugangschancen ländlicher BewohnerInnen für eine Teilnahme an politischen Verhandlungen zu schaffen bzw. zu vergrößern¹⁷. Der Leitfaden für die semi-strukturierten problemzentrierten Interviews mit den neun BewohnerInnen beinhaltete unterschiedliche Fragen, die sich inhaltlich auf die Bereiche Anerkennung, politische Partizipation, Repräsentation, Machtverhältnisse und Auswirkungen von Klimawandelfolgen innerhalb der Gemeinden bezogen. Die Leitfragen für die weiteren Interviews bezogen sich auf Teilhabemöglichkeiten durch Partizipationsräume (CDMs, CPCs, Basisorganisationen, etc.) und auf die nicaraguanische Klimaanpassungspolitik.

2.4 Datenaufbereitung- und auswertung

In einem ersten Schritt wurden die Tonaufnahmen der elf Interviews, die zwei Ergebnisprotokolle der Gruppendiskussionen (u.a. mit den TeilnehmerInnen der beiden Basisorganisationen) und das Forschungstagebuch transkribiert. Für die Auswertung der leitfadengestützten Interviews wurde die zusammenfassende qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring angewandt (Mayring 2010). Die induktive Vorgehensweise, bei der die Kategorien im Laufe der Analyse aus den Materialien abgeleitet werden (Kuckartz 2007: 60), ermöglicht der Verfasserin „die Erfassung des Gegenstands in der Sprache des Materials“ (Mayring 2010: 84). Die Analyse folgte dennoch einer theoriegeleiteten Fragestellung¹⁸, die sich besonders bei der Festlegung des Materials erkenntlich machte. Das Ausgangsmaterial wurde in Anlehnung an die in der Einleitung aufgeführten Fragestellungen analysiert und ausgewählt. Somit konnte erstens, das Ausgangsmaterial reduziert werden und zweitens, gesichert werden, dass die der Arbeit zugrundeliegenden Forschungsfragen ausreichend beantwortet werden konnten.

Für die Analyse wurde das Material in einem ersten Schritt paraphrasiert. Währenddessen wurden ausschweifende und inhaltslose Textbestandteile

¹⁶ Die deduktiven Kategorien werden in Kap. 4 dargestellt.

¹⁷ Die Sprache und Privilegien der Verfasserin nehmen in der vorliegenden Arbeit eine entscheidende Rolle ein. Ich spreche spanisch und habe verschiedene Hintergrundgespräche geführt, dennoch bezweifle ich, dass ich kulturelle Gegebenheiten in dem Maße wie eine nicaraguanische Muttersprachlerin einordnen könnte, die mindestens eine gewisse Zeit lang in den Untersuchungsgebieten gelebt hat. Meine Privilegien (u.a. weiß, deutsch und studiert) nehmen selbstverständlich trotz der vielen persönlichen Gespräche Einfluss auf die empirischen Ergebnisse.

¹⁸ *Theoriegeleitet* wird hier verstanden als an „Erfahrungen anzuknüpfen, um einen Erkenntnisfortschritt zu erreichen“ (Mayring 2010: 58).



ignoriert. Anschließend wurden die Paraphrasen generalisiert (Mayring 2010: 69). Die durch die Generalisierung entstandenen inhaltsgleichen und irrelevanten Paraphrasen wurden gelöscht. Als weiterer Reduktionsschritt wurden die übriggebliebenen, sich aufeinander beziehenden Paraphrasen zusammengefasst und daraus insgesamt sechs Kategorien gebildet (ebd.). Diese sind in Tabelle 2 mit dem jeweiligen zu untersuchenden Forschungsinteresse dargestellt.

Tabelle 2: Auswahl und Definition der Kategorien durch die zusammenfassende Inhaltsanalyse

Induktive Kategorienbildung
K1: <u>Zugang zu Informationsquellen und Weiterbildungen:</u> Welche Veranstaltungen werden von den Basisorganisationen (wo) angeboten? An welchen nehmen die InterviewpartnerInnen teil? Welche Informationsquellen verwenden die BO? An wen wenden sich die InterviewpartnerInnen, um sich zu informieren und ihre/ seine Interessen zu artikulieren? (Kap.6)
K2: <u>Machtverhältnisse:</u> Welche Machtverhältnisse existieren laut der InterviewpartnerInnen und welchen Einfluss üben diese auf ihre politische Teilhabe aus? (Kap.5)
K3: <u>Politische Verhandlungen:</u> Wer wird aus welchen Gründen zu kommunalen politischen Verhandlungen eingeladen und wer nicht? Wer nimmt daran teil? (Kap.5)
K4: <u>Politische Repräsentation der Basisorganisationen:</u> Hatten/haben die BO die Möglichkeit, Interessen der Interviewten in formalen/informellen politischen Verhandlungen zu repräsentieren (Kap.6)
K5: <u>Modell der Bürgermächtsräte (CPCs):</u> Entstehen aufgrund der Bürgermächtsräte positive/negative Effekte auf die Handlungsmöglichkeiten der BewohnerInnen? (Kap.5)
K6: <u>Basisorganisationen:</u> Welche Effekte entstehen aufgrund der Basisorganisationen auf die Handlungsmöglichkeiten der BewohnerInnen? (Kap.5)

(Eigene Darstellung)

3 Vulnerabilität und Klimaanpassung in Nicaragua

3.1 Klimawandelfolgen in Nicaragua

Zentralamerika ist eine der weltweit anfälligsten Regionen für die Auswirkungen des Klimawandels. Die vom IPCC durchgeführten Szenarien weisen auf Änderungen der Temperatur, der Niederschläge, der Saisonalität und die Zunahme von Extremereignisse, wie Dürren, Überschwemmungen und starke Wirbelstürme hin (IPCC 2007). Für Nicaragua bedeutet dies eine diskontinuierliche Verteilung der Niederschläge und ein Ansteigen der Minimal- und Maximaltemperaturen. Durch die Klimaveränderungen, vor allem die diskontinuierliche Verteilung der Niederschläge, werden Dürren, Wasserprobleme, gesundheitliche Probleme (Atemwegserkrankungen und eine Zunahme von Malaria und Dengue-Fieber) und (trans-)nationale Arbeitsmigration aufgrund von Versteppung landwirtschaftlicher Produktionsflächen zunehmen (Butscher et al. 2005: 38). Nicaragua belegte im langfristigen Klima-Risiko-Index (Climate Risk Index 1990-2009), den vierten Platz der vulnerabelsten Länder weltweit (Harmeling 2011: 6). Laut Studien des nicaraguanischen Umweltministeriums wird wegen der abnehmenden Niederschläge und der Dürren in Zentralamerika mit einem höheren Salzgehalt auf Böden gerechnet, was vor allem für landwirtschaftlich genutzte Flächen einen Rückgang der Ernteerträge bedeutet (Mendoza 2009: 73). Das heißt, bereits geringe Temperatur- und Niederschlagsveränderungen können große Auswirkungen auf tropische und subtropische Landwirtschaftssysteme haben, die in Nicaragua die wirtschaftliche Haupttätigkeit darstellt (Thomas et al. 2006: 224; Werner 2011: 14).

3.2 Klimaveränderungen in den Untersuchungsgebieten

Im Folgenden werden die Auswirkungen und Reaktionen der BewohnerInnen in den Untersuchungsgebieten auf Klimaveränderungen tabellarisch dargestellt. Diese orientieren sich an den Interviews und den Feldnotizen und können demnach nicht als repräsentativ gelten, dennoch einen Einblick ermöglichen.

Tabelle 3: Auswirkungen und Reaktionen auf Klimawandelfolgen in den Untersuchungsregionen

Klima-veränderungen	Auswirkungen	Kurzfristige Reaktionen
Weniger Niederschläge	- Wassermangel - weniger/ keine Ernte - steigende Lebensmittelpreise - weniger oder kein Grünfutter für das Vieh - gesundheitliche Probleme (Atemprobleme wegen des Straßenstaubs und Grippe)	- Suche nach neuen Wasserquellen - Zeitliche Verschiebung der Aussaat und Ernte - Ernährungsumstellung - (inter)nationale Migration¹⁹ - Suche nach anderen (temporären) Einnahmequellen - Kreditaufnahme (NGOs)²⁰

¹⁹ In Nicaragua sind bisher 20% der Gesamtbevölkerung in ein anderes Land migriert, mehr als in jedem anderen Land Lateinamerikas (ADM 2011: 5).

²⁰ Aufgrund der Landsituation Nicaraguas haben viele BewohnerInnen keinen Landtitel, ein entscheidender Grund, weshalb sie keinen Kredit bei der Bank erhalten. Nur ein Mann der



		- Verkauf von Vieh, Land
Hitzewellen	- weniger oder keine Ernte - gesundheitliche Probleme (Atemprobleme, Schwindel)	- Anbau anderer Kulturarten (weniger Bohnen)
Verschiebung der Regen- und Trockenzeiten (Klimavariabilität)	- Weniger oder keine Ernte - Wassermangel (weniger Niederschläge)	- Zeitliche Verschiebung der Aussaat und Ernte - Anbau anderer Kulturarten - (inter)nationale Migration - Kreditaufnahme (NGOs) - Verkauf von Vieh, Land

(Eigene Darstellung).

Innerhalb der Untersuchungsregion besteht große Einigkeit darüber, dass die Klimawandelfolgen im Alltag zu spüren sind und teilweise starke Einschränkungen des Nahrungsmittel- und Wasserkonsums zur Folge haben. Besonders betonten die BewohnerInnen die Klimavariabilitäten, die für sie vor allem anhand der Verschiebung der Regen- und Trockenzeiten deutlich werden und Auswirkungen auf ihren landwirtschaftlichen Produktionszyklus nehmen: „Man kann sagen, dass sich das Klima sehr verändert hat [...] Regen- und Sommerzeit haben sich verschoben und es ist sehr trocken auf dem Land“²¹ (Bewohnerin B: 4). Eine Bewohnerin erklärte: „In den Dörfern produzieren wir. Das ist also der Ort, wo man den Klimawandel am meisten spürt und wenn man nicht mehr produzieren kann, muss man in die Stadt oder in andere Länder migrieren“²² (Bewohnerin L: 4)²³. In den drei Fallstudien existieren keine proaktiven oder reaktiven Klimaanpassungsmaßnahmen. Das heißt, die BewohnerInnen müssen reaktiv und spontan auf die Klimaveränderungen reagieren, oft impliziert dies die Migration in die Hauptstadt Managua oder in ein anderes Land (vor allem Costa Rica und die USA), wodurch soziale und familiäre Strukturen zerstört werden. Eine Mitarbeiterin des Frauenhauses in Camoapa erklärte das folgendermaßen: „Der Klimawandel reißt Familien auseinander, denn wenn das Überleben auf dem Land nicht mehr funktioniert, migrieren die Eltern oder ein Elternteil und die Kinder werden bei verschiedenen Familienmitgliedern untergebracht“ (GD2: 2); denn „[...] die Kinder können ja nicht alle zusammen in eine schon bestehende Großfamilie einziehen, das wären zu viele (ebd.)“²⁴.

InterviewpartnerInnen hatte einen Landtitel. Die Situation der Landbesitzansprüche in Nicaragua ist sehr komplex und hat historische Wurzeln. Einen guten Überblick liefert FIAN Internacional (2007).

²¹ „Digamos que se ha cambiado muchísimo [...] digamos lo que es verano es invierno y lo que es invierno es verano y hay mucho sequia en el barrio“.

²² “En las comarcas es donde producimos, es el lugar entonces donde más sientan el CC, y si no se puedan producir más, se tienen que migrar a las ciudades o otros lugares”.

²³ Während der Gespräche haben die BewohnerInnen das Migrieren in direkten Zusammenhang mit dem Klimawandel gesetzt. Der Klimawandel muss aber nicht der einzige Faktor für Migration sein.

²⁴ “Tiene que dejar sus hijos muchas veces con diferentes miembros de la familia (no se puedan dejar todos en la misma casa), eso destruye estructuras familiares.”

3.3 Vulnerabilität und Klimaanpassung aus sozial-ökologischer Betrachtung

Die genannten Aspekte verdeutlichen die Bedeutung des Klimawandels für die lokale Bevölkerung. Der Klimawandel ist jedoch kein natürliches, rein ökologisches Phänomen, sondern ein sozial-ökologisches Ergebnis, in dem „nach den vielfältigen Machtstrukturen, die den Natur-Gesellschaft-Verhältnissen inhärent sind“ (Dietz 2011a: 74), gefragt wird. Der Klimawandel ist insofern weniger eine Krise der Tragfähigkeit, sondern eine Krise der seit dem industriellen Zeitalter ansteigenden Naturaneignung, deren Folgen (Klimawandel) die Menschen nicht mehr beherrschen können (Görg 1998; Brand 2009). Die Vulnerabilität gegenüber den Klimawandelfolgen ist somit ein Ergebnis struktureller, polit-ökonomischer und sozialer Verhältnisse, die Handlungsmöglichkeiten von Personen(gruppen) zur Reaktion auf Klimawandelfolgen auf unterschiedliche Art einschränken. Das bedeutet, dass der Klimawandel mit Verteilungs- und Zugangsfragen zu politischen und ökonomischen Ressourcen in Bezug gesetzt wird. Da sozial-ökonomische Ungleichheiten und politische Machtverhältnisse die Zugangschancen zu Ressourcen und Institutionen bestimmen, nehmen sozialwissenschaftliche Fragen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung (Zugangs- und Mitbestimmungschancen) von politischen Entscheidungsprozessen über Klimaanpassungsmaßnahmen ein (Paavola et al. 2006: 263).

Anpassungserfordernisse an Klimawandelfolgen weisen sektoral und regional sehr unterschiedliche Charakteristika auf und sollten die verschiedenen Vulnerabilitäten von Personen(gruppen) beachten (Baasch et al. 2012; Paavola et al. 2006). Die Planung von Anpassungsmaßnahmen findet idealerweise auf unterschiedlichen Ebenen statt: international, national, regional, lokal und individuell (Adger et al. 2006). Verschiedene empirische Fallstudien und der vierte Sachstandsbericht des IPCC kamen zu dem Ergebnis, dass Anpassungsmaßnahmen, die kontextspezifische Bedingungen, lokales Wissen und die Bedürfnisse und Interessen der lokalen Bevölkerung integrieren, erfolgreicher und zukunftssträchtiger sind, da sie *treffsicherer* auf die regionalen Anpassungserfordernisse reagieren und eher von den BewohnerInnen akzeptiert werden können (Adger 2001: 924f.; Eriksen et al. 2009: 818; IPCC 2007; Thomas et al. 2006: 237). Dafür sind Teilhabemöglichkeiten an politischen (Klima-)Verhandlungen notwendig, die es der Bevölkerung ermöglichen, ihre Interessen und Bedürfnisse gegenüber Klimawandelfolgen zu artikulieren. Dies ermöglicht ihnen, mit adäquaten Anpassungsmaßnahmen ihre eigene Situation langfristig zu verbessern und ihre Vulnerabilität zu reduzieren. Auch das IPCC bestätigt, dass größere politische Teilhabemöglichkeiten im Umgang mit Klimawandelfolgen zu geringeren Vulnerabilitäten führen (IPPC 2007; Adger et al. 2006). Sozial-ökologische Betrachtungsweisen, die den Klimawandel in den Zusammenhang sozial miteinander verwobener Ungleichheitskategorien und politischer Machtasymmetrien stellen, sind bisher aber kaum vorhanden. Eine Ausnahme bildet Kristina Dietz` (2011a) integratives Vulnerabilitätskonzept, das im Folgenden näher betrachtet wird.

Grundlage für Dietz' Vulnerabilitätskonzept sind die Konzepte der ‚Gesellschaftlichen Naturverhältnisse‘²⁵ (Görg 1998, 1999) und der ‚Politischen

²⁵ Der Begriff „Gesellschaftliche Naturverhältnisse“ bezieht sich auf Christoph Görg, der darunter die „vielfältigen Formen, in denen Gesellschaften ihre Beziehungen zur natürlichen Umwelt regulieren“



Ökologie' (Bryant et al. 1997), deren Ansätze besonders in der sozial-ökologischen Forschung Verwendung finden. Dietz greift auf die Konzepte zurück, indem sie Vulnerabilität als ein strukturelles Ergebnis sozial-ökologischer (gesellschaftliche Naturverhältnisse, wie ungleiche Landbesitzverteilung), sozialer (z.B. soziale Ungleichheit, Geschlechter- und Klassenverhältnisse) und politischer Verhältnisse (u.a. politische Machtverhältnisse, institutionelle Zugangsbarrieren) versteht, die es Personen(gruppen) erschwert, auf Klimawandelfolgen zu reagieren (Dietz 2011a: 74f.). Für ein Vulnerabilitätskonzept sind nach Dietz alle drei sich wechselseitig konstituierenden Dimensionen²⁶ (sozial-ökologische, soziale und politische Dimension) entscheidend. Von Konzepten der biophysikalischen Vulnerabilität, die davon ausgehen, die Auswirkungen des Klimawandels allein technisch beheben zu können, grenzen sich die Dimensionen ab. Vulnerabilität versteht Dietz davon ausgehend als „[...] mehrdimensionales, historisch eingebettetes und kontextualisiertes Phänomen, das über soziale und politische Prozesse in Wechselwirkung mit den materiell-stofflichen Folgen des Klimawandels produziert und reproduziert wird“ (Dietz 2011a: 13). Dietz greift politische, strukturelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie institutionelle Exklusionsmechanismen innerhalb der politischen Dimension auf und schlussfolgert, dass Vulnerabilität politisch ist (Dietz 2011a: 265). Folglich argumentiert sie, dass Handlungsspielräume im Umgang mit Klimawandelfolgen von BewohnerInnen vergrößert werden, wenn diese ihre Interessen und Bedürfnisse, die sie im Umgang mit Klimawandelfolgen haben, artikulieren und politisch beeinflussen können (Dietz 2011a). Anhand von Fallstudien in Nicaragua und Tansania kommt Dietz zu dem Ergebnis, dass demokratische Zugänge zu politischen Verhandlungen und staatlich initiierte Partizipationsräume nicht zwangsläufig zu gleichberechtigten Partizipationsmöglichkeiten führen. Eine Analyse von Vulnerabilität muss demnach Auskünfte über die Verwobenheit der historischen, sozio-ökologischen und politischen Folgen der Verwundbarkeit geben können (Dietz 2011a; Dietz 2011b).

Um zu analysieren, welche Personen(gruppen) in den Untersuchungsgebieten Zugang zu klimarelevanten Entscheidungsprozessen erhalten, wird die politische Dimension im fünften Kapitel dieser Studie anhand der Unterkategorie „Institutionen und Räume der Partizipation“ auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene innerhalb der intersektionalen Mehrebenenanalyse angewandt. Bei der Analyse werden die anderen beiden Dimensionen mit reflektiert.

(Görg 2001: 4) fasst. „Dies schließt nicht nur ökonomische, sondern auch wissenschaftliche, technische, kulturelle und moralische Dimensionen mit ein“ (ebd.).

²⁶ Die sozial-ökologischen, sozialen und politischen Dimensionen von Vulnerabilität in Nicaragua und deren Analysekategorien hat Dietz tabellarisch dargestellt (Dietz 2011a: 172f.).

4 Was ist gerecht?

4.1 Gerechtere politische Partizipationsmöglichkeiten

Sozial-ökologische Klimaanpassungspolitik ist – wie in Kapitel 3 dargestellt – eng mit Demokratiefragen verbunden und verlangt nach gerechten politischen Partizipationsmöglichkeiten aller Akteure. Mit diesem Anspruch müssen auch diejenigen einbezogen werden, die bisher ausgeschlossen blieben. „[K]eeping social justice off the negotiating table denies the relevance and legitimacy of the concerns and interests of vulnerable actors in the process“ (Adger et al. 2006: 276). Im Folgenden soll eine theoretische Konzeption gerechterer politischer Zugangsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Arbeiten über Klimaanpassung, die Gerechtigkeitsaspekte für politische Zugangsmöglichkeiten thematisieren, existieren bisher nur marginal. Ausnahmen stellen Adger et al. (2006), Köckler (2011), Paavola et al. (2002) und Schlosberg (2009) dar, indem sie auf die umweltbezogene Gerechtigkeit²⁷ – genauer auf die Verfahrensgerechtigkeit – zurückgreifen. Die umweltbezogene Gerechtigkeit hat ihre Ursprünge in den USA und erhielt in den 1980er Jahren – vor allem in Verbindung mit Umweltrassismus (Environmental Racism)²⁸ – politische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Der analytische, aber auch normative Ansatz bietet einen Rahmen für das Verständnis von Umweltproblemen und unterteilt sich in verschiedene Teilkonzepte: Zwei von diesen – die Verfahrensgerechtigkeit und die Verteilungsgerechtigkeit – werden aufgrund der Themenrelevanz näher betrachtet (Köckler 2011: 95f.). Die Verfahrensgerechtigkeit verfolgt neben einem gerechten Verfahren auch das Ziel gleichberechtigter Zugangs- und Teilnahmemöglichkeiten an bzw. das Initiieren von umweltbezogenen Entscheidungsprozessen (Köckler 2011; Paavola et al. 2002; Paavola 2006). Die Verteilungsgerechtigkeit untersucht hingegen, ob bestimmte Personen aufgrund sozialer Ungleichheitsdimensionen in einer schlechteren Umweltgüte leben (Köckler 2011: 96f.; Machewsky 2004: 22)²⁹.

Für eine gerechtere Klimaanpassungspolitik ist demnach eine Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit relevant, da gleichberechtigte Zugangschancen zu klimarelevanten Entscheidungsprozessen (Verfahrensgerechtigkeit) das Ziel gerechterer Zugangsrechte zu bisher verwehrten materiellen und immateriellen Gütern beinhalten können (Verteilungsgerechtigkeit) (Paavola et al. 2002: 1). Im Folgenden wird die Verfahrensgerechtigkeit den Rahmen der Konzeption ‚gerechterer politischer Zugangsmöglichkeiten‘ und die Verteilungsgerechtigkeit das Ziel einer gerechteren Klimaanpassungspolitik darstellen.

²⁷ Umweltgerechtigkeit begann in Lateinamerika in der Regel mit einer stärkeren sozialen Gerechtigkeitskomponente als in den USA, da Umweltbelange bereits früher mit einer Mobilisierung für soziale Gerechtigkeit und (indigener) Gleichberechtigung verwoben waren (Carruther 2008: 7).

²⁸ Einen interessanten Überblick über *Environmental Racism* bietet Westra (2001). Im lateinamerikanischen Kontext ist der Beitrag von Juanita Sundberg zu nennen (Sundberg 2008). Sundberg generalisiert *indigenas* zu der Gruppe, die am meisten soziale und umweltbezogene Ungerechtigkeiten erfährt. Sie erklärt dies anhand postkolonialer Strukturen, die in Lateinamerika zu einer teilweise extremen ungleichen politischen Repräsentation führen.

²⁹ Einen umfassenden Überblick über die Teilkonzepte der umweltbezogenen Gerechtigkeit und deren kausalen Zusammenhänge bieten u.a. Köckler (2011) und Schlosberg (2012) an.



4.1.1 Handlungsmöglichkeiten der BewohnerInnen

In Bezug auf die politische Dimension des Vulnerabilitätsbegriffs von Dietz (2011a) wird angenommen, dass Zugangsbarrieren aufgrund struktureller Macht- und Herrschaftsverhältnisse und institutioneller Exklusionsmechanismen existieren. Um also Zugangsmöglichkeiten zu schaffen bzw. zu vergrößern und gerechter zu gestalten, muss an den Strukturen angesetzt und diese verändert werden, damit bisher politisch marginalisierte Personen(gruppen) ebenfalls ihre Interessen in politischen Verhandlungen durchsetzen können. In dieser Arbeit wird in Anlehnung an Raúl Zibechi (2011) davon ausgegangen, dass BewohnerInnen selbst Handlungsmöglichkeiten kreieren (können), d.h. hegemoniale Diskurse kritisieren und ihre Interessen zum Ausdruck bringen können. Demnach können strukturelle Exklusionsmechanismen durch BewohnerInnen selbst verändert werden. Handlungsmöglichkeiten der BewohnerInnen können u.a. über kulturelle Anerkennung und sozio-ökonomische Umverteilung aktiviert bzw. vergrößert werden (Adger et al. 2006; Paavola et al. 2002; Schlosberg 2009, 2010, 2012). Neben der Anerkennung, ist auch ihre Umwandlung in Praktiken der politischen Partizipation notwendig, die dann zur Verfahrensgerechtigkeit führen kann. Nancy Fraser schlägt hierfür eine dreidimensionale Gerechtigkeitskonzeption vor, unter die sie kulturelle Anerkennung, sozio-ökonomische Umverteilung und politische Repräsentation zusammenfasst. Fraser plädiert für eine Erweiterung der Gerechtigkeitstheorien, um aktuelle Metaprobleme, wie z.B. den Klimawandel, aus globaler Sicht reflektieren zu können. Aufgrund der Mehrdimensionalität von Gerechtigkeit und ihrer internationalen Erweiterung durch die politische Repräsentation wird im Folgenden ausschließlich Bezug auf die dreidimensionale Konzeption nach Nancy Fraser genommen. Die Gerechtigkeitskonzeption soll Möglichkeiten aufzeigen, wie BewohnerInnen ihre Handlungsmöglichkeiten aktivieren und ausweiten können.

Fraser geht weiter als viele GerechtigkeitstheoretikerInnen, indem sie fordert, Anerkennung und Umverteilung nicht getrennt voneinander zu betrachten: „[A] theory of justice must reach beyond the distribution of rights and goods to examine patterns of cultural value“ (Fraser 1998: 4). Hierfür formuliert Fraser eine normative Bedingung – zugleich ihr Gerechtigkeitsbegriff – die sie *partizipatorisches Parität* nennt und für deren Realisierung zwei Voraussetzungen auf verschiedenen Ebenen erfüllt sein müssen: Die Umverteilung materieller und immaterieller Ressourcen muss erstens zur Eigenständigkeit der Gesellschaftsmitglieder führen (*distributive justice*). Zweitens müssen die institutionalisierten kulturellen Werte an ihren Strukturen verändert werden, um gleichberechtigte Möglichkeiten und Respekt für alle zu erzeugen (*recognition*) (Fraser 2008: 8). Fraser geht von dem Konzept des *perspektivischen Dualismus* aus: Mangelnde Anerkennung von Differenz betrachtet Fraser als Problem einer global institutionalisierten Hierarchisierung kultureller Werte, als weltweit existente stereotypisierende Vorstellungen des *Anderen* und dessen Ausgrenzung im öffentlichen Raum (Fraser 2008: 16f.). Distributive Ungerechtigkeit betrachtet Fraser als strukturelles Klassenproblem. Ökonomische Strukturen können dazu führen, dass Personen(gruppen) nicht die ausreichenden materiellen und immateriellen Ressourcen mitbringen und folglich etwa von der Teilnahme an Entscheidungsprozessen aufgrund fehlender Bildung, dem Transportgeld zu Entscheidungsprozessen etc. ausgeschlossen werden (ebd.). Fraser vertritt inzwischen die These, dass die zweidimensionale Konzeption von Gerechtigkeit für die Erklärung der heutigen globalen Fragen nicht ausreichend sei und fügt ihrer Theorie eine dritte Komponente, die *Repräsentation*, bei, die sie wie folgt

begründet: “[I]t tells us not only who can make claims for redistribution and recognition, but also how such claims are to be mooted and adjudicated“ (Fraser 2008: 17). Dabei erweitert sie Anerkennung und Umverteilung um eine politische Dimension, wobei Fraser deutlich macht, dass alle drei Dimensionen aufgrund der Frage nach Machtverhältnissen politisch seien; die politische Dimension darüber hinaus jedoch die Reichweite der anderen beiden Dimensionen vorgibt: „The political in this sense furnishes the stage on which struggles over distribution and recognition are played out“ (Fraser 2008: 17). Fraser betrachtet Repräsentation letztendlich als eine alle drei Dimensionen umfassende Kategorie. Auf diese Weise läutet sie eine neue Gerechtigkeitsdebatte ein: *Justice in a Postwestphalian World* (Fraser 2008; Fraser 2010). Hierfür schlägt Fraser ein Mehrebenenmodell vor, in dem Debatten, z.B. über die Auswirkungen des Klimawandels, nicht nur zwischen Staaten, sondern auch auf allen politischen Maßstabsebenen mit den unterschiedlichsten Akteuren ausgetragen werden. Multiskalarität und (trans-)nationale Vernetzungen nehmen folglich eine alternative Rolle ein. Neue „Regulierer“, die Fraser „globalized governmentality“ (Fraser 2008: 125) nennt, werden folglich notwendig. Unter diesen neuen Regierungsformen fasst Fraser neue Netzwerke, wie Staaten, supranationale Organisationen, internationale NGOs etc. zusammen (ebd. 126f.). Fraser betrachtet dabei allerdings zu wenig die Machtstrukturen der Regulierer, die Auswirkungen auf die lokale Partizipation haben können (Kerner 2011: 46f.). Interessen der BewohnerInnen können von international agierenden Entwicklungsorganisationen, die vorrangig aus dem globalen Norden kommen, innerhalb von Projekten *implementiert* werden. (Klimaanpassungsprojekte können demnach Einfluss auf die ländlichen BewohnerInnen und damit auf ihre Handlungsmöglichkeiten nehmen (z.B. weniger Zeit für politische Beteiligung wegen NGO-Projekten).

Im Folgenden werden ländliche Basisorganisationen, die in (trans-)nationalen Netzwerken organisiert sind und hegemoniale Strukturen kritisch reflektieren, als „Regulierer“ der dritten Gerechtigkeitsdimension von Fraser verstanden. Für eine kontextuale Einordnung, wird hierfür zuerst auf die neuen umweltbezogenen Bewegungsorganisationen³⁰ in Lateinamerika eingegangen. Anschließend wird ihr Potential skizziert, ländliche Personen (trans-)national zu repräsentieren, aber auch Anerkennung und Umverteilung verstärkt an die BewohnerInnen zu tragen.

4.1.2 „Neue“ umweltbezogene Bewegungslandschaft in Lateinamerika

Seit den 1990er Jahren erlebt die lateinamerikanische Bewegungsforschung einen neuen Protestzyklus, der mit dem Aufstand der Zapatistas in Chiapas, Mexiko einen Höhepunkt erreichte (Schön 2008: 23f.; Tittor 2012: 37). Diesen „neuen“ Bewegungen gemein sind erstens, die teilweise sehr jungen Mitglieder, vorwiegend aus dem ländlichen Raum; zweitens, der Protest, der aus ihrer direkten Betroffenheit entsteht; drittens, ihre autonom und dezentral organisierte Struktur in (transnationalen) Netzwerken und viertens, die strukturelle Kritik am Neoliberalismus und die damit eingehende Forderung nach einer alternativen Lebensform (Boris 2007; Schön 2008; Tittor 2012). Aufgrund persistenter sozialer Ungleichheitsstrukturen in Lateinamerika in Verbindung mit stärker

³⁰ Unter Bewegungsorganisationen wird neben Basisorganisationen auch soziale Bewegungen, NGOs etc. verstanden. Das Forschungsinteresse dieser Arbeit bezieht sich auf Basisorganisationen, die wiederum mit Bewegungsorganisationen agieren können. Eine interessante Übersicht der Bewegungsorganisationen in Lateinamerika und möglicher Abgrenzungen bietet Schön (2008: 25ff.).



werdenden globalen Umweltveränderungen, die für die sozial-ökonomisch marginalisierte Bevölkerung existenzbedrohlich werden, nehmen Bewegungsorganisationen eine veränderte Rolle ein: Auf ihrer politischen Agenda stehen neben der Verteidigung von Landrechten, Autonomie und politischer Partizipation vermehrt eine Kritik am (Neo-)Extraktivismus, d.h. einem Entwicklungsmodell, das auf Rohstoffausbeutung basiert und vor allem dem Export dient, sowie Klimawandelfolgen und die Frage einer global gerecht(er)en Klimaanpassungspolitik (Gudynas 2011: 69; Schlosberg et al. 2010: 19). „Plündern“ ist eines der Schlüsselworte lateinamerikanischer Bewegungen, um auf die postkolonialen (Ausbeutungs-) Strukturen aufmerksam zu machen (Carruthers 2008). Somit nehmen umweltbezogene Bewegungen in Lateinamerika verstärkt transnationale Prozesse in die Kritik und bezeichnen sich selbst selten – so wie in den USA – als EJ-Bewegungen für individuellere Gerechtigkeit, sondern als Bewegungen gegen die sozial-ökologische Ungerechtigkeit der Bevölkerung, die sie aber nicht nur auf ihre Umgebung beziehen, sondern als ein transnationales Problem verstehen und sich anhand von Netzwerken darüber austauschen (Carruthers 2008: 8).

4.1.3 (Trans-)nationale Bewegungsorganisationen in Zwischenräumen

Die wenigen Studien zu Lateinamerika (u.a. Urikidi 2011; Carruthers 2008; Haarstad et al. 2007) fragen bisher nur selten danach, wie Bewegungsorganisationen geographische Maßstabsebenen aktivieren (können), um ihre Interessen und Ansprüche zu artikulieren. Geographische Maßstabsebenen (scale), „has to be theorised as something that is ‘produced’; a process that is always deeply heterogeneous and contested“ (Swyngedouw 2004: 34). Innerhalb der scale-Debatte betrachtet Towers (2000: 24f.) Bewegungsorganisationen angesiedelt zwischen lokalen scales, auf der sie Ungerechtigkeiten erfahren und ihre Umgebung darüber informieren bzw. protestieren sowie weiteren Maßstabsebenen, auf denen sie den Diskurs über sozial-ökologische Ungerechtigkeiten aktivieren. Mayer (2008: 270) spricht von „glokalen“ Bewegungen, d.h. Bewegungsorganisationen, die - ähnlich wie bei Towers - auf verschiedenen Maßstabsebenen angesiedelt und ohne lineare Ordnung miteinander verwoben sind und „in der Impulse von ‘oben’ die lokalen Bewegungen vor Ort genauso stärken und beflügeln können wie städtische Projekte und Initiativen zu Leuchttürmen der globalen social-justice-Bewegung werden können“. Das Ziel netzwerkförmiger sozial-ökologischer Bewegungsorganisationen ist es ergo, die scales so zu verändern, um Raum für ihre Interessen zu erzeugen (Brand 2008: 174; Brenner 2008: 78).

Die Vernetzung lokaler Basisorganisationen mit anderen, (trans-)nationalen Bewegungsorganisationen, z.B. auf Fort- und Weiterbildungen oder Gipfelprotesten sowie über das Internet, eröffnet neue Möglichkeiten für ein gegenseitiges Lernen, neue Impulse und eine Plattform für die transnationale Kritik an den sozial-ökologischen Ungerechtigkeiten. Lokale Basisorganisationen können durch ihre transnationale Verflechtung globale Informationen auf die lokale Ebene transferieren. Solche Lernprozesse konnten anhand der in dieser Arbeit analysierten Basisorganisationen beobachtet werden. ADINJA wird bspw. von der brasilianischen Landlosenbewegung „Movimento dos Trabalhadores Sem Terra“ (MST) über postkoloniale Ausbeutungsverhältnisse und deren möglichen Verbindungen zu anthropogenen Klimaveränderungen informiert. Ein weiteres Beispiel stellt eine in Planung stehende Goldmine in der Gemeinde Camoapa dar.



Sowohl ADINJA als auch GMI haben von Bewegungsorganisationen, mit denen sie in Mittelamerika vernetzt sind, Informationen (Bilder, Videomaterial) von dort bestehenden oder früher existenten Minenprojekten zugeschickt bekommen, anhand derer die sozial-ökologischen Auswirkungen klar zu erkennen sind. Diese Informationen tauschen die BO mit den BewohnerInnen aus.

Die Aufgabe von Bewegungsorganisationen ist es dann, die lokalen Interessen auf höheren Maßstabsebenen politisch zu beeinflussen und „lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit“ (Habermas 1992: 443) zu übermitteln. Es sollte dennoch nicht angenommen werden, netzwerkförmige Bewegungsorganisationen würden per se Machtstrukturen entschärfen. Im Gegenteil, sie selbst können Machthierarchien aufbauen. Das kann sowohl auf globaler Ebene geschehen, indem sie diejenigen Bewegungen sind, die bspw. die Informationsselektion steuern können. Aber auch auf lokaler Ebene können Machthierarchien und interne Ausschlussmechanismen existieren: „Oft entstehen neue Organisationen [...] die mit ihrem Führungsstil Autoritarismus und Machotum erzeugen“³¹ (I Solis 2012: 1) oder neue InteressentInnen exkludieren, indem sie die Teilnahme durch bspw. Zugangsvoraussetzungen (Alter, Geschlecht) beschränken.

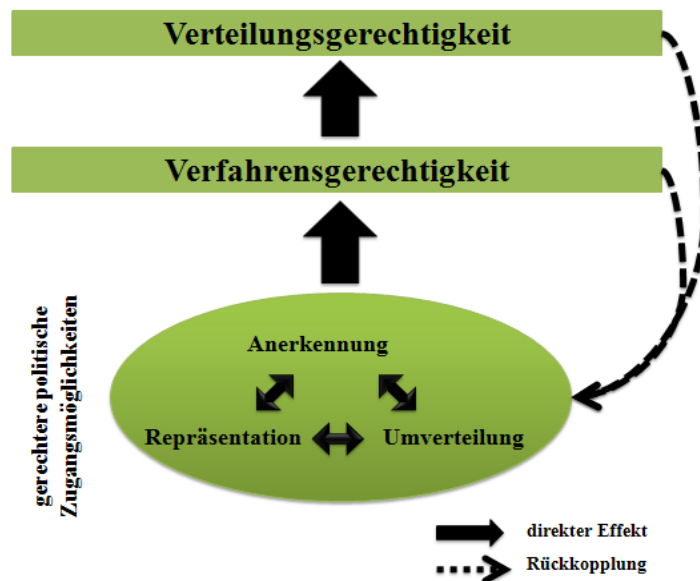
4.2 Arbeitsbegriff: Gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten

Unter Rückgriff auf das Konzept der umweltbezogenen Gerechtigkeit, Frasers dreidimensionale Gerechtigkeitskonzeption und die *scale*-Debatte wurde der Arbeitsbegriff ‚gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten‘ entwickelt: Den Rahmen stellt die Verfahrensgerechtigkeit dar. Voraussetzungen für gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten sind erstens, Anerkennung, d.h. das Nachdenken über kulturelle Normen und Stereotype, zweitens, Umverteilung, verstanden als Bildungs- und Informationszugänge sowie drittens, Repräsentation, als Interessens- und Informationsaustausch auf räumlichen Maßstabsebenen (*scales*) mit (trans-)nationalen Bewegungsorganisationen.

Wie in Abb. 2 erkennbar, sind die gerechteren politischen Zugangsmöglichkeiten miteinander verwoben: Anerkennung von Differenz erfordert einen strukturellen Abbau vorherrschender Stereotype, wofür Informationszugänge notwendig sind (Umverteilung), die subalternen Personen über z.B. Weiterbildungsmaßnahmen Informationen über politische Prozesse, ihre politischen Rechte, oder auch über die Wurzeln kultureller Normen geben und eine Reflektion anstoßen können. Der Informations- und Interessens Austausch (Repräsentation) mit anderen Bewegungsorganisationen kann bestehende Machtverhältnisse reduzieren, die sich in „Umweltprobleme“ einschreiben“ [im Original hervorgehoben, L.W.] (Brand et al. 2011: 128), da die BO Informationen über globale Entscheidungen (z.B. den Bau einer Goldmine und die damit verbundenen sozial-ökologischen Auswirkungen) an die ländliche Bevölkerung tragen und hegemoniale Strukturen reflektieren können. „Networking caused grassroots environmentalists to recognize national patterns of distributional and structural injustice and radicalize their agenda to include environmental justice“ (Towers 2000: 25). (Trans-)nationale Basisorganisationen haben

³¹ „Muchas veces tenemos organizaciones nuevas [...] pero producen con su liderazgo el autoritarismo, el machismo“.

emanzipatorisches Potential und können wiederum die Interessen der BewohnerInnen innerhalb anderer Maßstabsebenen zum Ausdruck bringen.



(Eigene Darstellung in Anlehnung an Köckler 2011: 97)

Abbildung 2: Dreidimensionale umweltbezogene Gerechtigkeit

Für die Klimaanpassungspolitik können gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten, wie in Abb. 2 dargestellt, zu einer Verfahrensgerechtigkeit führen, die den BewohnerInnen die politische Beeinflussung zu Gunsten ihrer Interessen ermöglichen kann. Wenn BewohnerInnen vermehrt ihre Forderungen in Entscheidungsprozessen stellen können, kann dies zu einer gerechteren Verteilung von materiellen und immateriellen Ressourcen führen (Verteilungsgerechtigkeit). Wie anhand der Pfeile dargestellt, muss nicht jede Verfahrensgerechtigkeit auch zu einer Verteilungsgerechtigkeit führen (Köckler 2011: 97). Das heißt, wenn Personen(gruppen) an politischen Verhandlungen teilnehmen, dabei aber nicht ihre Interessen artikulieren oder durchsetzen (können), führt die Verfahrensgerechtigkeit nicht zu einer Verteilungsgerechtigkeit. Über die Rückkopplung (gestrichelte Pfeile) kann es Personen(gruppen) gelingen, ihre Interessen informierter und anerkannter durchzusetzen.

5 Intersektionale politische Zugangsmöglichkeiten

5.1 Vielschichtigkeit ungleicher Zugangsmöglichkeiten

Wie im Kapitel 3.3 ausgeführt, kann die Teilnahme an politischen Verhandlungen und/oder Entscheidungsprozessen die politische Beeinflussung eigener Interessen in staatliche Klimaanpassungspolitiken ermöglichen und dadurch zu einer Reduktion der Vulnerabilität gegenüber Klimawandelfolgen führen. Allerdings wird die Teilnahme häufig anhand sozialer Ungleichheitskategorien begrenzt, wodurch wiederum die Vulnerabilität erhöht wird und gerechtere Zugangschancen notwendig werden. Es stellt sich somit die Frage nach den Gründen ungleicher Zugangsmöglichkeiten entlang unterschiedlicher Ungleichheitsdimensionen. Das Konzept der Intersektionalität ist für die Analyse komplexer Ungleichheiten weiterführend. Die Intersektionalitätsforschung geht davon aus, dass Gesellschaften von verschiedenen Ungleichheitskategorien geprägt sind (Smykalla et al. 2011; Winker et al. 2009). Für die Analyse von Vulnerabilität als dynamische Wechselwirkungen zwischen Struktur- und Handlungsbedingungen ist insbesondere die intersektionale Mehrebenenanalyse fruchtbar (Winkler et al. 2009). Dieser Ansatz fokussiert methodologisch auf soziale Praxen³² und betrachtet Wechselwirkungen von Differenzkategorien auf drei Ebenen (soziale Strukturen, symbolische Repräsentation, Identitätskonstruktion) (Winkler et al. 2009: 15). Hierdurch können Ungleichheitsdimensionen (wie Klassismen, Bodyismen) theoriegeleitet durch die deduktiven Kategorien sowie Alltagskonstruktionen der BewohnerInnen anhand der Empirie offen durch induktive Kategorien in ihrer Verwobenheit deutlich gemacht werden. Zudem gelangen Handlungen, wie Interessen oder erfahrene Ungleichheiten, die in den Interviews nicht durch Sprache ausgedrückt wurden, teilweise anhand der Analyse auf der Ebene sozialer Strukturen zum Vorschein, was für diese Arbeit aufgrund der Interviewsituation - wie bereits in Kap. 2.1.2 ausgeführt - von hoher Bedeutung ist.

In dieser Arbeit wird – auf Grundlage der Forschungsaufenthalte und des Forschungsstands (u.a. Bauriedl 2010; Bieri et al. 2010; Dietz 2011a; Jungehülsing o.J.; Werner 2011; Hackfort/Burchardt 2013) - davon ausgegangen, dass der Klimawandel nicht geschlechtsneutral ist. In Anlehnung an Winker et al. (2009: 37ff.) wird zudem argumentiert, dass Klassenverhältnisse sowie das Alter (Bodyismen) Einfluss auf die Anerkennung und damit auf gesellschaftliche Teilnahmemöglichkeiten nehmen. Daher stellen Geschlechter- und Klassenverhältnisse sowie das Alter die deduktiven Kategorien dar, die im dritten Schritt der Analyse (siehe Kap. 5.3) daraufhin überprüft werden, ob sie die politischen Zugangsmöglichkeiten der InterviewpartnerInnen beeinflussen.

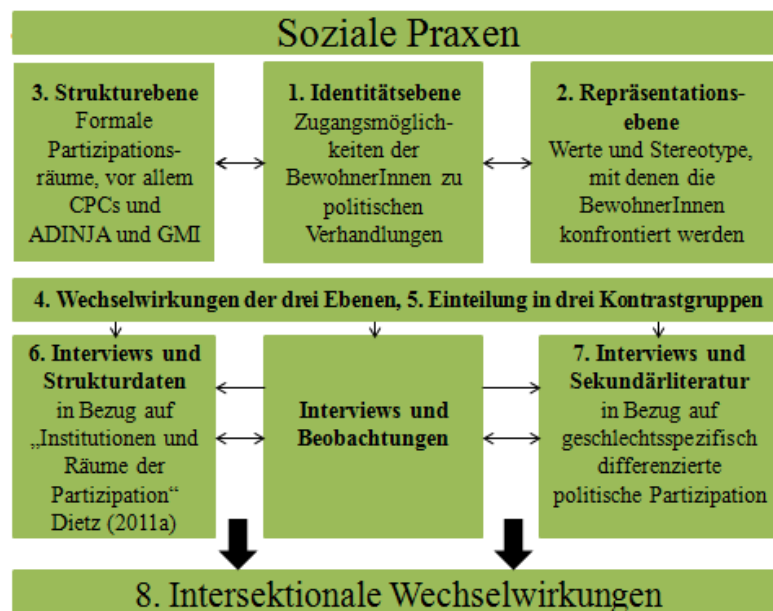
5.2 Die intersektionale Mehrebenenanalyse

In Anlehnung an Winker et al. (2009: 79ff.) wird im Folgenden die aus acht Schritten bestehende intersektionale Mehrebenenanalyse vorgenommen. Die acht Schritte sind in der Abbildung 3 anhand der Nummerierung kenntlich gemacht.

³² Soziale Praxen werden in Anlehnung an Winker et al. verstanden als „soziales Handeln und Sprechen“ (Winker et al. 2009: 27).

Ziel ist es, Wechselwirkungen von ungleichheitsgenerierenden Dimensionen für politische Zugangsmöglichkeiten auf drei Ebenen (Identitäts-, Repräsentations-, und Strukturebene) zu analysieren.³³

- 1) *Identitätsebene*: Diese Ebene betrachtet die Möglichkeiten und Hemmnisse, die die InterviewpartnerInnen nennen, um Zugang zu politischen (klimarelevanten) Verhandlungen zu bekommen.
- 2) *Repräsentationsebene*: Unter diese Ebene fallen gesellschaftliche Anforderungen an die InterviewpartnerInnen, die sie nennen. Ziel ist es dabei, vorherrschende Werte und Stereotype aufzudecken, die die Zugänge von politischen Verhandlungen bestimmen.
- 3) *Strukturebene*: Auf dieser Ebene werden die Aussagen der BewohnerInnen über informelle Partizipationsstrukturen (Basisorganisationen) und formale Partizipationsstrukturen (Räte der Bürgermacht (CPCs) und weniger ausführlich der lokalen Entwicklungskomitees (CDMs) der lokalen Bevölkerung beachtet.



(eigene Grafik in Anlehnung an Segebart et al. 2010: 58).

Abbildung 3: Ablaufmodell der intersektionalen Mehrebenenanalyse

Im Folgenden wird die Analyse anhand der neun Interviewtranskripte mit den Kategorien Machtverhältnisse und Politische Verhandlungen (siehe **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**) dargestellt, in der die Wechselwirkungen von Differenzkategorien und Widersprüchen auf den drei Ebenen veranschaulicht werden. Hiermit wird gezeigt, welche Faktoren eine Teilnahme an politischen Verhandlungen begünstigen oder erschweren können. In den Klammern befinden sich in kursiver Schreibweise die deduktiven und induktiven Ungleichheitskategorien, die theoriegeleitet und aus den Identitätskonstruktionen generiert wurden.

³³ Für die intersektionale Analyse werden die Interviewtranskripte der neun BewohnerInnen (A-I), die in Tabelle 1 dargestellt wurden, verwendet.



Bewohnerin A erfährt durch die CPCs keine neuen Partizipationsmöglichkeiten, da A nicht zu den politischen Verhandlungen eingeladen wird. Als Grund nennt Bewohnerin A die Nicht-Mitgliedschaft der Regierungspartei *Frente Sandinistas de Liberación Nacional* (FSLN)³⁴ (*Parteizugehörigkeit*). A hat bei gemeinsamen Aufforstungsmaßnahmen und Weiterbildungsmaßnahmen von ADINJA teilgenommen, sie seien aber zu selten in den Dörfern präsent. Eine Abgrenzung von Männern findet in dem Sinne statt, dass A als Frau – im Gegensatz zu den Männern – keine Zeit hat sich zu organisieren, da sie die Reproduktionsarbeit als alleinerziehende Mutter übernehmen muss (*Geschlechterverhältnisse*). Sie betont im Interview, dass sie die Vorstellung nicht teilt, Frauen hätten keine Zeit sich politisch zu organisieren, ihr als alleinerziehende Frau bleiben aber keine zeitlichen Ressourcen übrig, da sie neben der Reproduktionsarbeit ein paar Mal in der Woche Mittagessen verkaufen muss (*Klassen- und Geschlechterverhältnisse*). **Bewohnerin B** ist ebenfalls alleinerziehende Mutter (*Geschlechterverhältnisse*), als Sympathisantin der FSLN ist sie inzwischen Trainerin für Umweltfragen bei den Jungen SandinistInnen (*Jovenes Sandinistas*), der Jugendgruppe der Regierungspartei FSLN, und nimmt an politischen Verhandlungen teil (*Parteizugehörigkeit*). B betont, dass ADINJA über politische Prozesse informieren und wichtig für die Dörfer seien. Sie selbst war Mitglied bei ADINJA und hat dank der Weiterbildungsmaßnahmen gelernt, wie wichtig politischer Aktivismus ist (*Organisationsgrad*). Dennoch herrsche in ihrem Dorf das Vorurteil – mit dem auch sie konfrontiert wurde – das jugendliche Mädchen an Aktionen von BO teilnehmen, um Geschlechtsverkehr zu haben (*Alter, Geschlechterverhältnisse*). In formalen Partizipationsstrukturen (CPCs oder NGOs), gibt es diese Vorurteile laut B nicht. Als Grund, warum **Bewohnerin C** nicht an politischen Verhandlungen teilnimmt, nennt sie die fehlenden politischen Kenntnisse (*Informationszugang*). Im Interview erklärt C, dass Männer für politische Entscheidungen verantwortlich seien und Frauen für die Reproduktionsarbeit oder für die Mitarbeit bei NGO-Projekten (*Geschlechterverhältnisse, Organisationsgrad*). Neben der Reproduktions- und Feldarbeit sowie der Arbeit in der NGO bliebe ihr auch keine Zeit mehr für die Teilnahme an politischen Verhandlungen (*Organisationsgrad*). Auch äußert C, dass Männer intelligenter seien und Frauen die Entscheidungen der Männer ausführen (*Geschlechterverhältnisse*). Als strukturelles Problem nannte sie zudem die CPCs, die nur FSLN-Sympathisanten unterstützen (*Parteizugehörigkeit*). Gleichzeitig betont sie ihre nicht vorhandenen politischen Kenntnisse. Somit kann angenommen werden, dass C keine oder zu wenige Informationen über die BürgerInnenbeteiligung besitzt (*Informationszugang*). C kennt ADINJA nicht. **Bewohnerin D** war früher Mitglied der Basisorganisation GMI, dank der sie an machtsensiblen Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen konnte (*Organisationsgrad*). Durch die Weiterbildungsmaßnahmen lernte sie ihre Rechte kennen und verlor die Vorstellung, Frauen hätten kein politisches Wissen. Seitdem organisierte sich D vermehrt politisch und hatte viel Einfluss auf die Haushaltsplanung der Gemeinde (*Informationszugang*). Seitdem sie Mitglied bei der FSLN ist und sich innerhalb der CPC in ihrer Gemeinde engagiert, erhält sie

Kasten 1: K2 Machtverhältnisse

Welche Machtverhältnisse existieren laut der InterviewpartnerInnen und welchen Einfluss üben diese auf ihre politische Teilhabe aus?

K3 Politische Verhandlungen

Wer wird aus welchen Gründen zu kommunalen politischen Verhandlungen eingeladen und wer nicht? Wer nimmt daran teil?

³⁴ Mehr Informationen über die Partei folgen in Kap.5.3.1



mehr Mitspracherecht (*Parteizugehörigkeit*) und neuerdings als Lehrerin ein eigenes Einkommen (*Klassenverhältnisse*). Mittlerweile ist D kein Mitglied der GMI mehr, da dies nicht kompatibel mit der Zugehörigkeit zur FSLN sei (*Parteizugehörigkeit*). **Bewohnerin E** vertritt die Ansicht, dass die CPCs ausschließlich der Machterhaltung der Regierungspolitik dienen. Die CPCs stellen für E keine besseren Partizipationsmöglichkeiten dar, da E keine Einladungen und Informationen über Termine zu politischen Verhandlungen erhält (*Parteizugehörigkeit*). Die GMI beschreibt sie als positiv, da diese Weiterbildungsmaßnahmen zu Umwelt- und Genderthemen anbieten, an denen sie aber wegen anderer Verpflichtungen (Haus- und Feldarbeit, Kinder, NGOs) kaum teilnehmen kann (*Geschlechterverhältnisse*; *Organisationsgrad*). E betrachtet Frauen und Männer als homogene Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, die Mitarbeit an NGO-Aktivitäten bereiten ihr Spaß, da nur Frauen teilnehmen, also explizit auf ihre Interessen eingegangen wird (*Geschlechterverhältnisse*, *Organisationsgrad*). **Bewohnerin F** sieht CPCs und die BO ADINJA und GMI eher als Geldgeber, denn als politische Organisationen an, durch die sie ihre Interessen und Bedürfnisse artikulieren kann (*Informationszugang*). So nennt F, dass sie keine finanzielle Unterstützung von den CPCs und den BO erhält. Von den CPCs erhält sie deshalb keine Unterstützung, da ihre Familie insgesamt weniger als 1 manzana Ackerland besitzt. F ist in keiner Organisation zugehörig und nimmt nicht an politischen Verhandlungen teil (*Organisationsgrad*). F erklärt, dass sie einen längeren Weg bis zum Acker zurücklegen muss und dadurch weniger Zeit hat (*Klassenverhältnisse*). Außerdem übernimmt F die Reproduktionsarbeit, ihr Mann organisiert sich politisch, wie genau konnte sie nicht erklären (*Geschlechterverhältnisse*; *Informationszugang*). **Bewohner G** organisiert sich als CPC, obwohl er betont, dass diese auf lokaler Ebene kaum Entscheidungsbefugnis haben. G findet es aber auf Grund der Kontakte in Boaco wichtig, politisch organisiert zu bleiben (*Parteizugehörigkeit*; *Organisationsgrad*). Auch weil er dort Agrarprodukte verkauft (*Klassenverhältnisse*). Laut G stehen die politischen Sitzungen allen offen, G sieht aber die Frauen als unterrepräsentiert in politischen Verhandlungen an und versucht diese für eine Teilnahme zu überreden. Daraus schließt er, dass Frauen sich nicht ausreichend für politische Prozesse interessieren (*Geschlechterverhältnisse*). Als problematisch bezeichnet er Projektanträge aus seinem Dorf, die kaum von der Regierung genehmigt werden. Daher wird er als CPC kritisiert, nicht ausreichend die Dorfinteressen zu vertreten. Damit erklärte er auch die Politikverdrossenheit einiger BürgerInnen. ADINJA empfindet er in den Dörfern als notwendig, da sie informieren. **Bewohner H** ist Mitglied einer liberalen Partei und nimmt an politischen Verhandlungen teil (*Organisationsgrad*; *Parteizugehörigkeit*). Allerdings nicht bei den CPC. Er erklärt, dass er als Nicht-Sympathisant der FSLN von politischen Verhandlungen ausgeschlossen wird (*Parteizugehörigkeit*). H sieht ADINJA und GMI als notwendig an, da sie die BewohnerInnen über politische Entscheidungen informieren, wovon sie inhaltlich profitieren. Er selber zählt sich aber nicht dazu. H betrachtet Frauen und Männer als je homogene Gruppe, Frauen sind laut ihm stark innerhalb der Gemeinde organisiert, worunter er die Mitarbeit an NGO-Projekten versteht (*Geschlechterverhältnisse*). **Bewohner I** kann derzeit wegen Verpflichtungen (Feldarbeit) nicht an politischen Verhandlungen teilnehmen (*Klassenverhältnisse*). Zuvor hatte er sich als Mitglied der FSLN bei den CPCs organisiert und beschreibt die neuen Partizipationsräume der CPC als positiv, da sie endlich auch die armen BewohnerInnen in politische Prozesse inkludieren und



durch Projekte unterstützen (*Parteizugehörigkeit*). I betont das Informationsdefizit über politische Angelegenheiten in seinem Dorf und lobt ADINJA. Er betrachtet die Arbeit als sehr wichtig, denn die meisten in seinem Dorf kennen ihre politischen Rechte und politische Entscheidungen nicht, er selbst profitiere von ADINJA (*Informationszugang*).

5.3 Intersektionale Wechselwirkungen auf drei Ebenen

Im zweiten Teil der intersektionalen Mehrebenenanalyse werden die deduktiven und die anhand der Tabelle identifizierten drei induktiven Differenzkategorien: *Parteizugehörigkeit*, *Organisationsgrad* und *Informationszugang*, die von den befragten BewohnerInnen auf der Identitätsebene teilweise als Ausschlusskriterium, teilweise als (neue) Möglichkeiten für politische Zugangsmöglichkeiten empfunden werden, in ihren Wechselwirkungen analysiert. Hierfür werden in diesem Kapitel die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der neun BewohnerInnen anhand von drei Gruppen kontrastiert. Die Einteilung in drei Personengruppen zielt darauf Ähnlichkeiten und Abgrenzungen zwischen den Identitätskonstruktionen in Bezug auf die Zugangsmöglichkeiten zu informellen und formalen politischen Verhandlungen zu erfassen. Anschließend (Kap. 5.3.1) wird dann mit Bezug auf die politische Dimension des Vulnerabilitätsbegriffs nach Dietz (2011a), die Dimension „Institutionen und Räume der Partizipation“ in den Blick genommen. Das heißt, die von den BewohnerInnen genannten strukturellen Rahmenbedingungen werden anhand der Strukturdaten über formale Partizipationsstrukturen, vor allem anhand der CPCs und über informelle Partizipationsstrukturen am Beispiel von den beiden Basisorganisationen ADINJA und GMI vertieft. Schließlich wird Bezug auf geschlechtsspezifisch differenzierte politische Partizipation anhand von Sekundärliteratur zu Nicaragua genommen (Kap. 5.3.2), mit denen sich die InterviewpartnerInnen vor allem auf der Repräsentationsebene auseinandergesetzt haben. In Kap. 5.4 werden abschließend die Wechselwirkungen von Ungleichheitsdimensionen und Herrschaftsverhältnissen und ihre Wirkungsweisen auf den drei Ebenen herausgearbeitet. Im Folgenden werden die drei Personengruppen skizziert.

- Personengruppe 1: Verantwortung für Reproduktionsarbeit und Kinder
Für diese Gruppe ist die Teilnahme an informellen und formalen Partizipationsstrukturen nicht zentral. Im Vordergrund steht bei den InterviewpartnerInnen A, C, E, F und I die Verantwortung für die Familie. Die BewohnerInnen dieser Gruppe arbeiten als Subsistenzbauern. A und E nehmen außerdem nicht an Partizipationsstrukturen teil, weil sie keine Einladung erhalten oder keine Zeit haben; C bezweifelt ihre politischen Kenntnisse für eine Teilnahme und bezeichnet somit ihr Informationsniveau für nicht ausreichend. F hat eine andere, finanziell geprägte Erwartungshaltung und I war früher politisch innerhalb der CPCs aktiv, organisiert sich seit einiger Zeit aus familiären Gründen nicht mehr.
- Personengruppe 2: Politisch aktiv in formalen Partizipationsstrukturen:
Diese Gruppe stellt die politische Organisation in das Zentrum. G ist FSLN-Sympathisant und CPC-Mitglied; H ist ebenfalls schon lange politisch aktiv. BO bezeichnen sie als wertvoll für die BewohnerInnen, organisieren sich aber nicht in diesen. Die Bewohner sind Landwirte.
- Personengruppe 3: Politisch aktiv: Basisorganisationen → CPCs:



Diese Gruppe stellt ebenfalls homogen die politische Organisation ins Zentrum. Früher waren die beiden BewohnerInnen B und D in BO organisiert und sind seit einigen Jahren innerhalb der CPCs involviert. Beide sind inzwischen finanziell unabhängig.

5.3.1 Formale politische Partizipationsräume

Im Folgenden werden formale Partizipationsräume aus historischer Perspektive seit 1987, dem Jahr der Etablierung des ersten BürgerInnenrates dargestellt, um aufzuzeigen, wer auf die unterschiedlichen Verwaltungsebenen Einfluss nehmen kann und welche Machtverhältnisse oder Ausschlusskriterien existieren (Dietz 2011a).

Kasten 2: K5 Modell der CPCs

Entstehen aufgrund der Bürgermächtsräte positive/negative Effekte auf die Handlungsmöglichkeiten der BewohnerInnen?

Hierfür werden auch die Aussagen der BewohnerInnen, die in Kategorie 5 (Modell der CPCs) zusammengefasst wurden, verwendet. Bei der Darstellung wird der Schwerpunkt auf die Bürgermächtsräte (CPCs) gelegt, da diese auf Dorf- und Stadtteilebene – auf der die Fallstudie stattfand - gegenwärtig die Basis der „direkten Demokratie“ ausmachen. Im Rahmen dieser Arbeit war es nicht möglich, auch die lokalen Entwicklungskomitees (CDMs), die einen weiteren formalen Partizipationsraum darstellen, zu analysieren. Daher orientierten sich die Leitfragen der Interviews vor allem an den CPCs, auf die die BewohnerInnen vorrangig auf der Strukturebene Bezug nahmen. Für ein Verständnis der formalen Partizipationsräume und für die Einschätzung der aktuellen CPCs wird im Folgenden auch die Entstehung der CDMs veranschaulicht.

Auf **nationaler Ebene** wurde 1987 der Rat für ökonomische und soziale Angelegenheiten (*Consejo Nacional de Planificación Económica y Social* – CONPES) etabliert (Stuart Almendárez 2009: 22). Der CONPES wurde 2005 nach Erlassung des Partizipationsgesetzes u.a. auch für NGOs, ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenorganisationen erweitert (ebd.: 23). Über die Etablierung von Provinzräten (*Consejos de Desarrollo Departamental* – CDD), hatte das Partizipationsgesetz von 2003 auch Auswirkungen auf die **regionale Ebene**. Die CDDs übernehmen beratende Funktionen und können als Schnittstelle zwischen den AmtsträgerInnen, den departamentalen BürgermeisterInnen und der Zivilgesellschaft betrachtet werden (Mendoza 2010: 22; Dietz 2011a: 146f.). Für die **lokale Ebene** wurde 1988 das Gemeindegesetz eingeführt, in das 1997 ebenfalls eine gesetzliche Bürgerpartizipation verankert wurde. Diese regelt neben der Kommunalverwaltung auch lokale BürgerInnen-Komitees zur Kommunalentwicklung (*Comite de Desarrollo Municipal*, CDM) (Stuart Almendárez 2009: 22f.). Nach Erlassung des Partizipationsgesetzes 2003 nahmen die CDMs die höchste Dialoginstanz zwischen Kommunalregierung und Zivilgesellschaft ein (Stuart Almendárez 2009: 21). Die CDMs können die Lokalregierung in sozialen, ökologischen, politischen und ökonomischen Bereichen beraten. Dies allerdings erst dann, wenn die BürgerInnen formal organisiert sind, daher werden die CDMs als exklusive horizontale Strukturen beschrieben (Dietz 2011; I Solis 2012; Stuart Almendárez 2009).

Unter der Regierung Ortigas wurden vier Jahre später per Präsidialdekret - es gab keine parlamentarische Mehrheit - neue Institutionen der Partizipation erlassen, die *Consejos del Poder Ciudadano* (CPC), Bürgermächtsräte bzw. die *Gabinete del Poder Ciudadano* (GPC), Kabinettmächtsräte (u.a. El Pueblo Presidente 2014: o.S.; Howard et al. 2011: 12; Serra Vázquez o.J.: 6). Das

Modell existiert seit 2007 parallel zu den CDMs³⁵. Im Jahr 2007 wurde dafür auf **nationaler Ebene** der 1987 gegründete Rat für ökonomische und soziale Angelegenheiten, CONPES, und das Kabinett der Bürgermacht (*Gabinete Nacional del Poder Ciudadano* - GNPC) zusammengelegt. Das GNPC übernimmt seitdem als höchste Instanz die Interessen der Bevölkerung³⁶ (La Primerísima 2007: o.S.). Die Räte der Bürgermacht setzen sich aus je 16 KoordinatorInnen (acht Frauen und acht Männern) **auf jeder nicaraguanischen Verwaltungsebene** (Dorf, Gemeinde, Bezirk, nationale Ebene) zusammen, auf denen die KoordinatorInnen für unterschiedliche Segmente (Umwelt, Bildung, Gesundheit, Kultur, Infrastruktur etc.) verantwortlich sind. Auf Dorf- und Stadtteilebene wird gegenwärtig der höchste Organisationsgrad der CPCs beobachtet (I Andres 2012; Prado et al. 2009: 26f.). Die CPCs sollen die Interessen der BürgerInnen, besonders auch vulnerabler Bevölkerungsteile, unterstützen und die BewohnerInnen aktiv in die politischen Entscheidungsprozesse einbinden. Ihre Interessen und Bedürfnisse werden als Projektvorschläge an den FSLN Politsekretär überreicht (I Andrés 2012). Die CPCs wählen außerdem die Projektbegünstigten staatlicher Sozialprogramme aus.

Die beiden Bewohner der **zweiten Gruppe** betonen, dass die Handlungsspielräume auf lokaler Ebene gering sind, da die CPCs auf lokaler Ebene kaum Entscheidungsbefugnis und keine Mehrheit haben. Die CPCs werden vom FSLN Politsekretär koordiniert, weshalb KritikerInnen betonen, dass bereits ab der Gemeindeebene keine politische Pluralität mehr gegeben sei (Stuart Almendárez 2009; Schützhofer 2011; I Caldera 2012). Stuart Almendárez kam in seiner Studie über die CPCs zu dem Ergebnis, dass nur die FSLN-regierten Lokalregierungen mit den CPCs kooperieren. Die Ergebnisse der Feldforschung zeigen dennoch Kooperationen, die sich aber vorwiegend auf die Verteilung der staatlichen Programme konzentrierten. Daraus entsteht die Gefahr, dass die Dorf- und Stadtteilm BewohnerInnen entlang von Parteigrenzen getrennt werden. Die **Gruppe drei** betont die neuen Partizipationsmöglichkeiten für Frauen, die dank dem CPC entstanden sind. Dies zeigt einmal mehr die Nähe der CPCs zur Regierungspartei auf, denn nicht die CPCs haben die Frauenquote erlassen, sondern die FSLN. Im Bereich der Gleichstellung betont die Regierung auf der Homepage „El Pueblo Presidente“ ihre Genderpolitik, die sie über die CPCs in die Praxis umsetzt (I Marengo 2012: 1f.; El Pueblo Presidente). Mauricio Solís titulierte demgegenüber die Genderpolitik der Regierung als symbolischen Akt:

[D]er CPC sagt, wir brauchen 16 Personen, also sucht er acht Frauen und acht Männer aus. Aber schau Dir mal die Ressorts der Frauen an: Gesundheit, Familie, Bildung, Umwelt. Und welche Ressorts übernehmen die Männer: politische Partizipation, Infrastruktur³⁷ (I Solís: 2).

³⁵ Gesetzlich ist nicht geregelt, welche BürgerInnenpartizipation Vorrang hat. Dennoch kann für die Untersuchungsgebiete festgestellt werden – obwohl die FSLN keine politische Mehrheit hat – dass die die meisten Projektvorschläge der CDMs abgelehnt werden.

³⁶ Warum die FSLN parallel das Modell der CPCs erlassen hat, ist nicht eindeutig geklärt, es gibt verschiedene Versionen darüber. Caldera erklärt das damit, dass die NGOs eine Protagonistenrolle innerhalb der CDMs innehatten und die FSLN ein schlechtes Verhältnis zum gesamten NGO-Sektor hatte, da diese hegemoniale Strukturen in Nicaragua implementieren (I Caldera 2012: 16).

³⁷ “[...] el CPC dice que necesitamos 16 personas, y así elegimos 8 mujeres y 8 hombres. Pero vea los cargos que tienen las mujeres: salud, familia, educación, medio ambiente. Y a dónde están los hombres: participación, infraestructura”.



Außerdem beklagte Solis, dass “zwar Frauen teilnehmen, aber wenn sie nicht gelernt haben Entscheidungen zu treffen, haben sie keine eigne Meinung über ihre Interessen, diese wird dann politisch von oben beeinflusst und es verändert sich nichts”³⁸ (I Solis: 2). Tatsächlich übernehmen die beiden Bewohnerinnen Frauen- und Umweltressorts und wurden jeweils gefragt, ob sie sich innerhalb der CPCs engagieren möchten. Die beiden Bewohnerinnen sind auch aus den Basisorganisationen (GMI und ADINJA) ausgetreten. Solis konstatierte, dass die BewohnerInnen sobald sie sich innerhalb der CPCs organisieren, nicht mehr in Bewegungsorganisationen bleiben können. Marengo vom Umweltministerium erklärt das wie folgt “wenn es eine Organisation in den Dörfern gibt, dann sind es die CPCs. Weil die CPC die Menschen kennen, organisieren, Dir sagen, an welchen Tagen die politischen Verhandlungen stattfinden”³⁹ (I Marengo 2012: 3). Auch Andrés Mendoza Bravo, Politsekretär der FSLN in Camoapa, äußerte im Interview, dass die CPCs *die* Basisorganisation in den Dörfern darstellen. Zwei der Personen der **ersten Gruppe** empfanden die neuen Partizipationsstrukturen für sich selbst als ausschließend (Bewohnerinnen A und E). Sie schilderten, dass für sie keine neuen Partizipationsmöglichkeiten entstehen, da nur FSLN-Sympathisanten zu den politischen Verhandlungen eingeladen werden. Außerdem erzählten die beiden Bewohnerinnen, dass die politischen Sitzungen zwar öffentlich wären, sie aber nicht daran teilnehmen könnten, da sie nicht über die Termine informiert werden oder die Termine spontan nach vorne verschoben würden, ohne dass ihnen dies mitgeteilt würde (Bewohnerin A). Diese Einschätzungen werden vom NGO-Netzwerk “Nicaraguanisches Netzwerks für Demokratie und lokale Entwicklung” (Red Local), vom Forschungszentrum „Zentrum für Studien und Politikanalyse“ (CEAP) und von Almendárez (2009) und Prado et al. (2009) geteilt. Die Kritik entzündet sich daran, dass die Räte der Bürgermacht mit den parteiunabhängigen CDMs konkurrieren und dadurch u.a. die Partizipationsräume für die Bevölkerung verkleinern; die CPCs hauptsächlich von FSLN-Mitgliedern besetzt werden; und die staatlichen Programme für subalterne Gruppen vorwiegend FSLN-Sympathisanten erreichen. Andere Studien stellen die neuen Partizipationsmöglichkeiten als teilweise positiv dar. Demnach bieten die CPCs vor allem auch für andere, meist ärmere Bevölkerungsteile Partizipationsmöglichkeiten, die früher keine Beteiligungschancen hatten (Schützhofer 2011; Forschungstagebuch). Diese Einschätzung deckt sich mit der Aussage von Bewohner I der Dank der CPCs politische Teilhabemöglichkeiten genoss bzw. auch im Dorf beobachten kann, dass – im Vergleich zu früher – nun auch ärmere Bevölkerungsteile unterstützt und politisch inkludiert werden.

5.3.2 Basisorganisationen

Die Diktatur Samozas unterdrückte autonome BO, weshalb sich in Nicaragua seit den 1970er Jahren ein tiefgreifender komplexer Wechsel ereignete, der eine Erklärung über die heutigen neuen Bewegungen liefern kann. Diese Komplexität birgt die Anfechtung und Mobilisierung gegen oder Zusammenarbeit mit der Regierung – je nach politischer Macht (Kampwirth 2011: 9f.). Aktuell wird

³⁸ “Hay mujeres pero si nunca aprendieron de tomar una decisión, no tienen una opinión propia de su necesidad, sino es el manejo de arriba, entonces no pasa nada”.

³⁹ “Si hay una organización en la comunidad, son los CPCs. Porque el CPC conoce la gente, organiza, te dice en que días son las reuniones”.



beobachtet, dass die FSLN die Arbeit von BO erschwert, da laut der FSLN die CPCs die Stimme der Bevölkerung darstellt (I Caldera 2011). Bewegungsorganisationen verlieren dadurch ihre Notwendigkeit und erhalten keine bis sehr wenig staatliche (ideelle und finanzielle) Unterstützungen.

Im Folgenden werden die zwei dieser Arbeit zugrunde liegenden BO in Bezug auf ihre inhaltlichen Ziele und Leitbilder überblicksartig betrachtet. Dazu ist es notwendig zu verstehen, wer die Akteure sind, welche Ziele und Interessen sie mit ihrer Bewegung verfolgen und wie exklusiv (Zugangsbarrieren) oder vielleicht auch direktdemokratisch sie intern und extern organisiert sind (Burchardt 2012).

Tabelle 4: Inhaltliche Ziele und Leitbilder der Basisorganisationen

	ADINJA	GMI
Gründungsjahr:	2008	2006
TeilnehmerInnen:	18	ca. 30
Informations-instrumente:	Theater der Unterdrückten ⁴⁰ ; kommunales Radio	kommunales Radio, dörfliche Informationsveranstaltungen
Für Aktivitäten wie:	machtsensible Theateraufführungen; Bildungsworkshops	Sensibilisierungskampagnen; öffentliche Einflussnahme auf politische Willensbildungsprozesse
Reichweite ihrer Arbeit	Vor allem Boaco, Camoapa, Matagalpa, Managua	Camoapa
National:	El Salvador, Honduras, Guatemala, Brasilien	Honduras
International:		
Entstehung Partizipationsraum	Auf eigene Initiative als Protest gegen die spanische EZ-NGO „Ayuda en Acción“	Mittels eigener Initiative und der NGO ADM
Interne Organisation	Präsident (Camopa), Präsidentin (Boaco), Vorstand	Präsident, Vizepräsident, Vorstand
Nationale Kooperation(en)	Jugendbewegung Ometepéc (Asociación Movimiento Juvenil de Ometepéc), Red Local	Frauenhaus (Casa de las Mujeres), NGO ADM
Transnationale Kooperation(en)	Brasilianische Landlosenbewegung (MST), Umweltbewegung (Pacto por la vida)	Frauengruppe für den Umweltschutz (Mujeres Ambientalistas)
Finanzierung	Teilweise über die KooperationspartnerInnen	Teilweise über die KooperationspartnerInnen oder über NGOs

Quelle: Eigene Darstellung

⁴⁰ Das „Theater der Unterdrückten“ (Augusto Boal 1979) hat sich in unterschiedlichen Lebensrealitäten verschiedenartig weiterentwickelt und ist besonders in Lateinamerika wegen der starken sozialen Ungleichheit – Lateinamerika ist die ungleichste Region weltweit (Burchardt 2012) – für „die Unterdrückten“ eine Wichtigkeit für den Ausdruck ihrer täglichen Lebensrealitäten. Als übergeordnetes Ziel der Theatermethode gilt die Emanzipation (Selbstbefreiung) von Unterdrückung.



Entstanden ist ADINJA als Protest auf die hegemonialen Strukturen der EZ-NGO *Ayuda en Acción*. Der Theaterdramaturg Gerardo del Socorro Molineros hatte das Wirken der NGO verfolgt und die Jugendlichen gefragt, ob sie nicht bei einem seiner Jugendtheaterstücke mitspielen möchten. So kamen die Mitglieder das erste Mal in Kontakt mit dem „Theater der Unterdrückten“ (Boal 1979) und investierten das neue Wissen in die Konstruktion von ADINJA. Die Basisorganisation ADINJA verwendet das Theater als Werkzeug der populären / politischen Bildung: „Wir betrachten das Theater als grundlegende Strategie, um die Ignoranz/ Unwissenheit unserer nicaraguanischen Gesellschaft zu bekämpfen“⁴¹ (I ADINJA: 1). In den kostenlosen Theateraufführungen verwendet ADINJA die typische ländliche Alltagssprache und arbeitet ortsgebundene Realitäten (Machtverhältnisse, Unterdrückungsmechanismen) auf bzw. reflektiert diese und erprobt Veränderungen. Ziel ist es erstens dabei, den ZuschauerInnen aktuelle politische nationale und internationale Informationen zu vermitteln, zu denen sie ansonsten wenig Zugang haben. Zweitens möchten sie einen Raum öffnen, in dem andere Perspektiven und mögliche Reaktionen betrachtet werden. Zudem strebt das Projekt, drittens, die Einleitung eines Dialogs zwischen AkteurInnen und ZuschauerInnen an (ebd.). Neben dem Theater setzt ADINJA andere Instrumente ein, wie Straßenumzüge, selbst komponierte Musik, traditionelle Tänze, Weiterbildungsmaßnahmen oder selbstgeschriebene Gedichte.

Auf Anregung der vom Frauenhaus und der nicaraguanischen NGO ADM angebotenen Weiterbildungsmaßnahmen, hatten einige TeilnehmerInnen die Idee, eine Frauenorganisation zu gründen, die dieses Wissen in den Dörfern multipliziert und immer neue Mitglieder an den Weiterbildungsmaßnahmen in der Stadt Camoapa teilnehmen lässt. Die Frauen legten wert darauf ebenfalls Männer zu gewinnen und gemeinsam zu lernen, Herrschaftsverhältnisse kritisch zu reflektieren. Inzwischen liegt der Männeranteil in der GMI bei ca. 20%. Die GMI verwendet ebenfalls ein vielfältiges Instrumentarium: selbstbeigebrachtes Wissen bzw. Wissen von Weiterbildungsmaßnahmen über kommunales Recht, vor allem des Frauenhauses, transferieren sie in ihre Dörfer, schreiben Projektvorschläge und stellen Forderungen an die kommunalen Haushalte.

Beide Basisorganisationen haben ein gespanntes Verhältnis zu den CPCs. ADINJA erklärte, dass die CPCs „sie als Parteienkonkurrenz und aus der Perspektive parteilicher Interessen betrachten, aber nicht als eine neue zivilgesellschaftliche Organisation, die vor allem mit Jugendlichen aus Dörfern und Städten arbeitet“⁴² (I ADINJA: 2). ADINJA und GMI verfügen über transnationale Kooperationen. ADINJA profitiert besonders von der Landlosenbewegung MST aus Brasilien, die sie ideell und finanziell unterstützt. Zwei TeilnehmerInnen konnten für drei bzw. sechs Monate, finanziert mit einem Vollzeitstipendium vom MST, an der „Popular University of Social Movements“⁴³ in Brasilien kritische politische Theorie Lateinamerikas studieren. Die Idee von MST ist es dabei, TeilnehmerInnen von sozialen Bewegungen vor allem aus dem ländlichen Bereich Lateinamerikas zusammenzubringen, und ihnen am Rande der Seminare Raum

⁴¹ „Consideramos que el teatro es una estrategia fundamental para combatir la ignorancia de nuestra sociedad nicaragüense“.

⁴² „Lo tomaron como una competencia partidista y de intereses partidarios, pero no como una organización más de la sociedad civil para contribuir y trabajar con las juventudes rurales y urbanas“.

⁴³ Die Homepage der „Popular University of Social Movements“ ist unter folgendem Link zu erreichen: <http://www.universidadepopular.org/pages/en/homepage.php> (11.06.2014).



zur gemeinsamen Reflektion (post-)kolonialer Strukturen, globaler Probleme, etc. zu ermöglichen. Die meiste Information über globale Prozesse erhält ADINJA von der MST, aber auch vom *Pacto por la Vida*, indem verschiedene mittelamerikanische Bewegungsorganisationen organisiert sind und sich gemeinsam für eine nachhaltigere Umwelt einsetzen. GMI wird vor allem vom Frauenhaus anhand von Weiterbildungsmaßnahmen über politische Rechte, Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung, die Rolle der Frau in der Gesellschaft und über patriarchale Strukturen unterstützt. In der Gruppendiskussion erklärten TeilnehmerInnen des GMI, dass sie unabhängig vom Frauenhaus werden möchten und daher verstärkt Wege suchen, sich selbst kritisch zu informieren. Eine Quelle sind auch die *Mujeres Ambientalistas*, eine Frauenbewegung aus Honduras, die vor allem über Minen- und andere Großprojekte informiert und sich mit der GMI über ihre Projekte meist über das Internet austauscht. GMI hatte seit dem Bestehen das Problem einer hohen Fluktuation. Das liegt einerseits an der hohen Migrationsrate und andererseits daran, dass inzwischen einige Mitglieder innerhalb der CPCs vertreten sind.

Im Folgenden werden die Aussagen der BewohnerInnen anhand der Kategorie 6 (Basisorganisationen) dargestellt.

BewohnerInnen A und I der **ersten Gruppe** betonen den geringen Bekanntheitsgrad der Basisorganisation ADINJA; C gibt an, ADINJA

Kasten 3: K6 Basisorganisationen

Welche Effekte entstehen aufgrund der Basisorganisationen auf die Handlungsmöglichkeiten der BewohnerInnen?

nicht zu kennen. E wiederum bezeichnet die Arbeit von GMI als gewinnbringend für die DorfbewohnerInnen und betont dabei vor allem die machtsensiblen Weiterbildungsmaßnahmen. Der Unbekanntheitsgrad der BO, insbesondere von ADINJA, liegt vor allem daran, dass beide Basisorganisationen keine externe Finanzierung erhalten und im Zentrum aller Aktionen die Bezahlbarkeit steht. ADINJA nimmt immer wieder an Projekten teil, die von internationalen oder nationalen NGOs finanziert werden. In gemeinsamen Sitzungen wird beschlossen, ob sie mit den jeweiligen Projektträgern zusammenarbeiten möchten. ADINJA lehnt immer wieder Projekte ab, wenn diese nicht ihren Wertvorstellungen entsprechen. Anhand der Projekte konnte ADINJA Theaterstücke vor allem auf Stadtteilebene und weniger auf Dorfebene aufführen. Geringe Ressourcen (Transportmittel, Zeit) erschweren es ADINJA, ihre Theaterstücke auf Dorfebene aufzuführen. GMI wird vor allem vom Frauenhaus für Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt. Teilweise kann das Frauenhaus Gelder beantragen und so die Transportmittel nach Camoapa bezahlen. Die Weiterbildungsmaßnahmen, vorrangig zu Umwelt- und Genderthemen, sind kostenlos. Dieses Wissen transferieren die Mitglieder anschließend in ihre Dörfer. Für ADINJA ist diese Form schwer umsetzbar, da für ein Theaterstück, auch wenn es improvisiert ist, mehrere Mitglieder anwesend sein müssen. Bewohner I betrachtet die Arbeit von ADINJA dennoch als sehr wertvoll, denn sie seien kritisch und motivieren die ländliche Bevölkerung zum Nachdenken und zum Partizipieren. Bewohnerin F kritisiert demgegenüber, dass BO ihrem Dorf keine finanzielle Unterstützung bringen, was auch nicht das Ziel der Organisationen ist. **Gruppe zwei** betrachtet die Basisorganisationen als informativ und wertvoll für die Dörfer. G betont wie wichtig informierte BewohnerInnen sind, eine Arbeit die die CPC laut ihm nur marginal leisten kann, da sie vor allem für die Ermittlung der Bedürfnisse und Interessen der BewohnerInnen und für die Identifizierung der Begünstigten für die Sozialprogramme der FSLN verantwortlich sind. H erklärt, dass die BewohnerInnen im Allgemeinen viel zu manipulierbar seien und daher die Arbeit



von ADINJA und GMI sehr wichtig sei. Die Politik und die CPCs schaffen diese Aufklärungsarbeit nicht, was Basisorganisationen notwendig mache. Bewohnerinnen B und D der **dritten Gruppe** betrachten die BO als sehr wertvoll, da sie die Dörfer über die nicaraguanische Kultur, nationale und internationale politische Entscheidungen oder Projekte (wie z.B. derzeit das Minenprojekt in der Gemeinde Camoapa) und vor allem über ihre Rechte informieren und patriarchale Strukturen kritisieren. D betont die Notwendigkeit, die BewohnerInnen über ihre Rechte aufzuklären und zu motivieren, diese in die Praxis umzusetzen und sich politisch zu engagieren, d.h. Projektvorschläge beim Politsekretär der FSLN (CPC) und beim Bürgermeister der Lokalregierung (CDM) einzureichen.

5.3.3 Einfluss von Klimaschutz und Klimaanpassung auf die Partizipationsräume

Inwieweit haben die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung Einfluss auf das Modell der Bürgermächtsräte und auf die Basisorganisationen? Elisa Marenco vom nicaraguanischen Umweltministerium zählte auf die Frage, inwiefern die CPCs die ländliche Bevölkerung bei der Anpassung an Klimawandelfolgen unterstützen, Weiterbildungsmaßnahmen für die CPCs mit Themen wie alternative Ernährungsweisen oder Anbausystemen auf. „Das Umweltministerium hat 2011 in etwa 1.500 Personen über die CPCs in den Themenfeldern Aufforstung, Biodiversität und Wasser sensibilisiert“⁴⁴ (I Marenco 2012: 6) Weiter betonte Marenco, dass das ExpertInnenwissen für die Weiterbildungsmaßnahmen von Universitäten, NGOs und dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (Ministerio de Agropecuario y Forestal – MAGFOR) aufbereitet wurde, um dieses dann in die ländlichen Gegenden zu transferieren (ebd.). Das zeigt einerseits, dass das Umweltministerium die Klimapolitik vor allem auf nationaler Ebene aushandelt. Und andererseits, dass das Wissen von Nicht-ExpertInnen, also auch vorwiegend das lokale Wissen, nicht über die CPCs kommunaler Ebenen auf andere höhere politische Ebenen gelangt. Dies bestätigen auch die Aussagen ländlicher BewohnerInnen die an politischen Verhandlungen teilnehmen, indem sie die Frage, ob bisher während einer politischen Verhandlung über Interessen der BewohnerInnen im Bereich von Klimaanpassungsmaßnahmen oder ganz allgemein über den Klimawandel gesprochen wurde, jeweils verneinten. Während der Teilnahme an politischen Sitzungen, organisiert von den CPCs - sowohl in San Rafael del Sur als auch in Boaco und Camopa - konnte die Verfasserin verfolgen, dass diese funktional in dem Sinne waren, dass es um die Beantragung von öffentlichen Dienstleistungen (asphaltierte Straße, Elektrizität) und nicht um die politische Partizipation im Sinne einer Artikulation ihrer individuellen Interessen ging. Das Umweltministerium ist außerdem vorwiegend im Bereich Klimaschutz aktiv (Dietz 2011a: 161). Die staatlich initiierten und von oben koordinierten CPCs bringen demnach nationales und/oder internationales ExpertInnenwissen in die Kommunen. Da die Partizipationsstrukturen vor allen Dingen von oben nach unten verlaufen, bleibt den ländlichen BewohnerInnen und lokalen CPCs wenig Raum zur Interessensartikulation. In den Gemeinden Boaco und Camopa traf die Verfasserin auf keineN BewohnerIn, der/die an Weiterbildungsmaßnahmen der CPCs teilgenommen hat.

⁴⁴ Por ejemplo nosotros el año pasado logramos de participación de 1 500 personas trabajando en el tema de la sensibilización ambiental a través de los CPCs en los áreas del agua, de la biodiversidad, del bosque



Die Expertise der BO ist vor allem in der Thematik Klimaschutz ausgeprägt. ADINJA hat ein großes Wissen über globale Klimawandelauswirkungen, das sich vor allem zwei TeilnehmerInnen über die Kooperation mit dem MST in Brasilien angeeignet haben. GMI hat über die honduranische Bewegung angefangen, sich mit dem Thema Klimawandel innerhalb von Informationsveranstaltungen auseinander zu setzen. Über den Austausch lernen beide Organisationen verschiedene Realitäten des Klimawandels kennen und erhalten Ideen, wie mit diesen Veränderungen umgegangen werden kann.

5.3.4 Vertiefung der genannten Repräsentationen

Die befragten BewohnerInnen haben auf der Repräsentationsebene vor allem Bezug auf die patriarchalen Strukturen genommen und dabei insbesondere auf die geschlechtsspezifisch differenzierte politische Partizipation. Im Folgenden soll diese mit Sekundärliteratur kontrastiert und anschließend anhand der drei Personengruppen betrachtet werden.

Molyneux hat 1985 eine Studie zur sandinistischen Revolution in Nicaragua unter dem Titel „Mobilization without Emancipation? Women`s interests, the state, and revolution in Nicaragua“ veröffentlicht. Hierin gelangt sie zu dem Fazit, dass die sandinistische Revolution im Vergleich zu allen anderen sozialistischen Revolutionen Lateinamerikas, Frauen- und Genderinteressen - so gut es möglich war - umgesetzt hat. Die positiven Ergebnisse wurden allerdings rasch durch den Contra-Krieg der USA⁴⁵ und den großen Einfluss der katholischen Kirche zunichte gemacht (Molyneux 1985; Kampwirth 2011). Kampwirth bewertet die aktuelle FSLN-Politik bzw. den *Danielismo*⁴⁶ als nicht vergleichbar mit der sandinistischen Revolution. Sie nannte beschränkte politische Teilhabemöglichkeiten für Frauen und erklärte das anhand des nach der Revolution geführten Politikstils unter Violeta Barrios Chamorro, der von Ortega weitergeführt wurde und aufgrund des starken Einflusses der Kirche zunimmt. Eine Studie der Frauenbewegung *Venancia* kam zu dem Ergebnis, dass besonders in den ländlichen Gegenden Nicaraguas traditionelle Rollen und Machtstrukturen existieren, die eine politische Einflussnahme für Frauen erschweren (Larracoechea 2011: 41f.). Frauen engagieren sich in den Dörfern vor allem in der Kirche, danach in NGOs und erst dann kommt die politische Teilhabe (ebd. 41). Zugleich kam die Studie zu dem Ergebnis, dass die sozial-ökologischen Zugangsbarrieren für Frauen aufgrund der Besitzverhältnisse auf dem Land (Frauen gehören ca. acht Prozent der Anbauflächen) eingeschränkt werden, da sie abhängiger von ihrem Partner sind und dadurch meist begrenzter ihre Interessen und Bedürfnisse artikulieren können (ebd.). Demnach ist es für Frauen auch besonders schwer an Kredite z.B. bei Ernteaussfällen zu gelangen, da sie keine Besitztitel haben (Dietz 2011a: 134).

⁴⁵ Der Contra-Krieg fand zwischen 1981 und 1990 gegen Nicaragua statt, um die damals amtierende sandinistische Regierung zu stürzen. Beahlt und koordiniert wurde der Krieg von den USA unter dem Präsidenten Ronald Reagan. Während des Krieges wurden mehr als 60.000 Menschen getötet und die Infrastruktur des Landes weiträumig zerstört. 1986 wurde die USA dafür vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag verurteilt, die USA nimmt das Urteil bis heute nicht an und hat bisher keine Reparationszahlungen geleistet (Massing et al. 2009).

⁴⁶ *Danielismo* wird hier verstanden als den Politikstil von Daniel Ortega der laut vieler KritikerInnen nicht gleichzusetzen ist mit den früheren Werten der FSLN.



Sowohl staatliche Sozialprogramme (z.B. *Hambre Cero*)⁴⁷ als auch viele (inter)nationale EZ-NGO-Projekte betrachten Frauen – analog zu verschiedenen Conditional Cash-Transfer Programmen in Lateinamerika (Tittor 2013) – als *die* Verantwortlichen der Familie und perpetuieren mit ihren Projekten die Frauenrolle in der Gesellschaft. Die EZ-Projekte in den Untersuchungsgebieten fokussieren sich in einigen Projekten nur auf Frauen, wie z.B. das Anlegen von Kleingärten. Fall C erklärte bspw., dass Frauen für Projekte von NGOs zuständig seien und Männer für politische Entscheidungen (siehe Tabelle 4).

In **Gruppe 2** kommt dieses Bild bei G und H zum Vorschein. H betont, dass sich Frauen stark innerhalb der Dörfer organisieren. Er versteht darunter aber nicht die politische Teilhabe, sondern die Teilhabe an NGO-Projekten oder staatlichen Sozialprogrammen. Problematisch ist dies deshalb, weil Frauen ihre Interessen nicht in politische Entscheidungsprozesse einbringen können, sondern an Projekten teilnehmen, wo der Rahmen bereits feststeht. Ihre politische Marginalisierung wird aber oft nicht als solche wahrgenommen, denn Frauen „organisieren sich ja in den Dörfern“ (Fall H: 2). H betont, dass Frauen innerhalb der CPC-Strukturen fehlen, um der Frauenquote gerecht zu werden. Insgesamt aber betrachtet er Frauen als gut organisiert und hinterfragt nicht, warum so wenige Frauen innerhalb der CPC-Strukturen teilnehmen, sondern erklärt es sich selber damit, dass Frauen kein Interesse an Politik haben. In **Gruppe 3** müssen sich die politisch aktiven Frauen zwar nach wie vor mit dem Bild auseinandersetzen, dass „Frauen kein politisches Wissen haben“⁴⁸ (Bewohnerin D: 3). Doch begegnen die beiden Frauen diesen Stereotypen durchaus selbstbewusst, indem sie sich engagieren und inzwischen beide an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und Ansprechpartnerinnen für Frauenfragen (Bewohnerin D) und für Umweltfragen (Bewohnerin B) sind. B nannte den früheren stereotypen Vorwurf, sie engagiere sich doch nur in BO, weil sie erste sexuelle Erfahrungen erleben möchte. Der Vorwurf kann u.a. anhand der dargestellten konservativen Strukturen erklärt werden. Dass sich B inzwischen nicht mehr in BO organisiert, hat nichts mit diesem Vorwurf zu tun, sondern mit ihrem Interesse innerhalb der Jungen Sandinistas aktiv zu sein⁴⁹. In der **Gruppe 1** wurden Personen zusammengefasst, die ihre häusliche Verantwortung nicht mit einer politischen Teilhabe verknüpfen können. Damit setzen sie die eigenen politischen Interessen zurück, um den traditionellen Mutterstereotypen zu entsprechen (Bewohnerinnen A, C, E und F). Dieses gesellschaftliche Leitbild, das die Mütter für die Reproduktionsarbeit verantwortlich macht, führt in den genannten Fällen zu einer politischen Marginalisierung. Die tradierten Geschlechterrollen werden sowohl von vielen EZ-Projekten, als auch von den staatlichen Projekten fortgeführt, in denen Frauen und Männer als je eine Gruppe mit homogenen Interessen betrachtet und Frauen zu Opfern stilisiert werden, ohne danach zu fragen, wie die Stereotype Frauen und Männer in ihren zugewiesenen Rollen beschränkt (Rodenberg 2012: 123). Dies führt zu Bewohner I, der sich in der Rolle des Familienernährers wiederfindet und sich aus Zeitgründen ebenfalls nicht politisch organisieren kann.

⁴⁷ Mehr Informationen in deutscher Sprache über das staatliche Sozialprogramm „Hambre Cero“ bei Schützhofer (2011).

⁴⁸ “En la sociedad machista piensan que mujeres no saben nada de la política”

⁴⁹ In den Interviews wurde zwar nachgefragt, ob sie den Vorwurf verstehen, es kamen aber kaum Reaktionen. Die Verfasserin wollte aus Respekt nicht weiterfragen.

5.4 Intersektionale politische Vulnerabilität

Abschließend werden die Wechselwirkungen und verschiedenen Gewichtungen von Ungleichheitsdimensionen der drei Gruppen innerhalb der drei Ebenen analysiert. Hierfür werden die drei Personengruppen zu den Wechselwirkungen zwischen Identitäts-, Struktur-, und Repräsentationsebene in je zwei Richtungen gesetzt (Winker et al. 2009: 134ff.).

In der **ersten Form von Wechselwirkungen** wird gefragt, wie die BewohnerInnen die Strukturen (Kap. 5.3.1 und 5.3.2) erfahren (**S-I**), und wie die Identitätskonstruktionen (Kap. 5.2) durch die strukturellen Rahmenbedingungen gestützt oder relativiert werden (**I-S**). **Gruppe 1: (S-I)** Die BewohnerInnen A, C und E erfahren die Partizipationsräume des Modells der CPCs als Nicht-Sympathisanten der FSLN als verschlossen. Sie werden nicht zu politischen Verhandlungen eingeladen bzw. erfahren nicht rechtzeitig, wann diese stattfinden. Darüber hinaus fehlen den Bewohnerinnen C und F Informationen über die Partizipationsstrukturen, weshalb z.B. Bewohnerin F CDMs, NGOs und CPCs verwechselt hat, denn die CDMs wurden oftmals in CPCs umgewandelt, ohne die Bevölkerung ausreichend darüber zu informieren und ihnen ihre Beteiligungsrechte zu nennen. Bewohner I konnte im Gegensatz zu den CDMs, die für ihn aufgrund der formalen Ausschlusskriterien verschlossen waren, über die CPCs erstmalig an politischen Verhandlungen teilnehmen. Die Basisorganisationen erreichen die Gruppe nur marginal, da ADINJA und GMI die finanziellen Ressourcen fehlen, öfter in den Dörfern präsent zu sein. Dennoch betonen A, E und I die Weiterbildungsmaßnahmen der BO, anhand derer sie sich für politische Entscheidungen innerhalb ihres Dorfes vermehrt interessieren. (**I-S**) Die BewohnerInnen können kaum einen Versuch unternehmen, diese Strukturen (wenige Informationen und geringe bis keine politischen Teilhabemöglichkeiten) zu ändern bzw. sich zu organisieren. Sie akzeptieren die Strukturen u.a. deshalb, weil für sie die politische Teilnahme nicht zentral ist und ihnen über staatliche Sozialprogramme, EZ-NGO-Projekte und die Kirche vorgelebt wird, dass Frauen nicht an politischen Prozessen teilnehmen, sondern gesellschaftliche familiäre Aufgaben zu übernehmen haben. **Gruppe 2: (S-I)** Die BewohnerInnen dieser Gruppe organisieren sich innerhalb der CPCs und der liberalen Partei. Beide bezeichnen die lokalen Handlungsspielräume aufgrund klientelistischer (Verteilung der staatlichen Sozialprogramme übernehmen die CPCs) und zentralistischer Strukturen (Entscheidungen werden vom GNPC getroffen) als sehr gering. CDMs und CPCs kooperieren kaum, wodurch z.B. Dorf- und StadtteilbewohnerInnen entlang von Parteigrenzen getrennt werden. Aufgrund dieser Strukturen verlieren die Bewohnerinnen das Vertrauen in die Gruppe 2, da Projektanträge aus ihren Dörfern, die H und G einreichen, meistens nicht genehmigt werden. Die BO haben auf sie keinen direkten Einfluss. (**I-S**) Die Gruppe legitimiert die Strukturen nur begrenzt, indem sie die Kritik an den Partizipationsstrukturen öffentlich machen und die BO als Beispiel positiven Engagements darstellen. G kann das aufgrund der Nähe zur Regierungspartei nur begrenzt. **Gruppe 3: (S-I)** Dank der Frauenquote innerhalb der CPCs übernehmen die beiden Bewohnerinnen frauentypische Ressorts und nehmen an politischen Verhandlungen teil ohne Mitspracherechte zu erhalten. Sie können die Projektbegünstigten für die staatlichen Sozialprogramme auswählen, inhaltlich Mitgestaltungsmöglichkeiten bleiben weiterhin verwehrt. Seitdem die Bewohnerinnen innerhalb der CPCs organisiert sind, gehen sie einer Erwerbsarbeit nach und sind finanziell unabhängig. Sie qualifizieren sich weiter, wann immer das möglich ist. Die



Gruppe 3 ist aufgrund ihrer Teilhabe innerhalb der CPCs nicht mehr innerhalb von Basisorganisationen organisiert, da die CPCs die alleinige direkte Demokratie laut der Regierungspartei FSLN darstellt. Beide Bewohnerinnen haben von den BO aufgrund der machtsensiblen Weiterbildungsmaßnahmen profitiert. **(I-S)** Die Bewohnerinnen dieser Gruppe waren früher innerhalb einer BO organisiert und versuchen nun das Wissen und kritische Denken als CPCs bzw. in der regierungsnahen Jugendgruppe JS einzusetzen, indem sie nach wie vor die BO unterstützen, bspw., indem sie versuchen bei Projektanträgen die BO nach ihrer Meinung zu konsultieren. Sie versuchen sie die strukturellen Vorgaben (Parteizugehörigkeit) zu relativieren.

In der **zweiten Form von Wechselwirkungen** wird gefragt, welche Auswirkungen die symbolischen Repräsentationen (Kap. 5.3.3) auf die Identitätskonstruktionen (Kap. 5.2) nehmen **(R-I)** und inwieweit die BewohnerInnen die symbolischen Repräsentationen stützen oder sich dagegen wehren **(I-R)**. **Gruppe 1: (R-I)** Die befragten BewohnerInnen übernehmen die Rolle der häuslichen Verantwortung bzw. des Familienernährers. Den Vorwurf, kein Interesse an der Gemeinde oder für politische Entscheidungen zu haben, akzeptieren BewohnerInnen A, E und I nicht, sondern betonen, dass sie aus strukturellen Gründen nicht (aktiver) teilnehmen können. Bewohnerin A distanziert sich von der Vorstellung, Frauen hätten keine Zeit für politische Teilhabe. Sie betont aber die Schwierigkeit sich als alleinerziehende Mutter ohne Unterstützung politisch zu engagieren. Bewohnerinnen C und F setzten der Vorstellung, Männer seien intelligenter und sollten politische Entscheidungen treffen, keine Alternativen entgegen. Das mag auch an ihrer geringen Informationslage und mangelnden Reflexionsmöglichkeiten liegen. Für die symbolischen Repräsentationen folgt daraus **(I-R)**, dass die BewohnerInnen C und F über ihre Identitätskonstruktionen das patriarchale System, das sie auch aus EZ-Projekten, staatlichen Programmen oder der Kirche kennen, stützen. BewohnerInnen A, E und I haben geringen Spielraum sich dagegen zu wehren und bleiben weiterhin in ihren zugewiesenen Rollen. **Gruppe 2: (R-I)** Die beiden Bewohner betrachten Frauen und Männer als je homogene Gruppen und greifen damit selbstverständlich die Norm auf, politisch aktiv zu sein und Frauen als politisch wenig(er) interessiert zu deklarieren. G überredet Frauen für die politische Teilhabe, weil das gesetzlich vorgesehen ist. Die Kritik, als CPC sich nicht für die Dorfinteressen einzusetzen bzw. sich nur aus finanziellen Gründen zu organisieren, teilt Bewohner G nicht. Er betrachtet es als wichtig die BO in den Dörfern zu unterstützen, mit den CDMs zusammenzuarbeiten und den BewohnerInnen die Gründe zu erklären, warum so wenige ihrer Projektanträge genehmigt werden. Auch H arbeitet mit andern Organisationen zusammen, nimmt aber nicht an den politischen Verhandlungen der CPC teil, die für alle BewohnerInnen offen sind und distanziert sich von dem Modell. Er erklärt, dass er dort unerwünscht sei. **(I-R)** Daraus folgt, dass Bewohner G und H die nicht hinterfragte geringe Partizipation der Frauen in Stereotypen wie „Frauen interessieren sich nicht für Politik“ oder „Frauen organisieren sich stark innerhalb der Gemeinde“ (womit er aber die Organisation innerhalb der EZ-NGOs versteht), verfestigen. Zwar versuchen die Bewohner heterogen organisiert zu sein, doch bleiben sie beide in ihren Parteien. H fühlt sich zudem ausgeschlossen von den politischen Verhandlungen der CPCs und reagiert mit einer verstärkten Abgrenzungshaltung, die er in seinem Dorf artikuliert. **Gruppe 3: (R-I)** Die Bewohnerinnen unternehmen viel, um an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben zu können. Beide kritisieren die heteronormativen Vorstellungen und die



Trennung zwischen CPC oder Nicht-CPC. Umgekehrt **(I-R)** versuchen die beiden Bewohnerinnen als JS und CPC mit BO zu kooperieren, obwohl beide erklären, dass dies oft nicht möglich sei. Beide stellen sich gegen die Norm der politisch marginalisierten Frau, indem sie in ihrem Umfeld ihr Mitspracherecht und ihre finanzielle Unabhängigkeit betonen.

In der **dritten Form von Wechselwirkungen** wird gefragt, wie die CPCs und die BO (Kap. 5.3.1 und 5.3.2) Normen und Stereotype erzeugen (Kap. 5.3) (S-R) und welche Normen und Stereotype die CPCs und die BO stützen (R-S). **Gruppe 1: (S-R)** Die Strukturen der CPCs, die die zuvor bestehenden lokalen Entwicklungskomitees (CDM) seit 2007 ergänzen, führen zu einem Widerspruch. Zwar sollen die CPCs das Sprachrohr der Basis sein, die CPCs werden aber vom FSLN Politsekretär koordiniert, weshalb KritikerInnen betonen, dass bereits ab der Gemeindeebene keine politische Pluralität mehr gegeben sei. Dadurch entstehen Stereotypen, wonach nur FSLN-Sympathisanten an dem Modell partizipieren können. Im Fall I ist das anders: Er hatte früher keine Partizipationsmöglichkeiten, die er jetzt über die CPCs erhalten hat. Daraus schließt er, dass die CPCs arme Bevölkerungsteile unterstützen. Die BO möchten vor allem die ländliche Bevölkerung mobilisieren und zur kritischen Reflektion anregen. Allerdings fehlt es ADINJA an finanziellen Möglichkeiten um dies etwa über die gemeinsame Aufführung eines Theaterstücks in einem Dorf umzusetzen. Im urbanen, nationalen und internationalen Raum können ADINJA dagegen mehrere Theaterauftritte über die vollständige Finanzierung von Geberorganisationen aufführen. Aus der Kritik einiger BewohnerInnen hieran entstehen Stereotype, dass ADINJA sich zu wenig für die Dörfer interessiere. GMI wird mit dieser Kritik nicht konfrontiert, da sie Informationsveranstaltungen logistisch einfacher in ihren Dörfern durchführen können. Umgekehrt **(R-S)** erklären die CPCs, dass ihre Verhandlungen offen seien und niemanden ausschließen. Die Nicht-FSLN-Sympathisanten fühlen sich jedoch von den Verhandlungen ausgeschlossen und im Rahmen der Feldforschung waren bei den politischen Treffen der CPCs keine Nicht-Sympathisanten anwesend. ADINJA hat nicht die finanziellen Mittel, öfter gemeinsam als Gruppe in den ländlichen Gegenden aufzutreten. ADINJA ist sich bewusst, dass sie dadurch nur einen geringen Bekanntheitsgrad haben. Zwar kooperieren ADINJA wie auch GMI mit anderen Organisationen, um Projekte zu erhalten, die sie im ländlichen Raum durchführen können oder um an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen und das Wissen in die Dörfer zu tragen. Sie akzeptieren dabei nicht jedes Projekt, sondern möchten an ihren Werten festhalten. Da sie nicht institutionell organisiert sind, erhalten sie nur sehr selten Projektfinanzierungen. Für GMI ist es einfacher Informationsveranstaltungen in den Dörfern durchzuführen, doch benötigen sie bspw. für die Projekteinreichung beim Bürgermeister oder FSLN-Politsekretär das Transportgeld nach Camoapa. **Gruppe 2: (S-R)** Trotz des Anspruchs einer „direkten Demokratie“ ist die Organisation der CPCs *top-down* gesteuert. Interessen und Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung gelangen über Projektvorschläge zum kommunalen Politsekretär der FSLN und dann je nach Genehmigung oder Projektgröße weiter bis nach oben in das GNPC. Dadurch entsteht bei einigen BewohnerInnen das Gefühl, dass die CPCs ihrer Dörfer lediglich der Machterhaltung der Regierungspolitik diene bzw. die CPCs die Nutznießer des Modells sind, da sie selbst die Projektbegünstigten auswählen und laut vieler BewohnerInnen die Projekte so innerhalb der Familie der CPCs bleiben. Projekte der CDMs werden in den Untersuchungsgebieten kaum genehmigt, es sei denn sie werden vom CPC unterschrieben. Durch dieses Vorgehen werden Dorf-



und StadtteilbewohnerInnen entlang von Parteigrenzen getrennt und es entstehen Ausgrenzungen und Stereotypen. **(R-S)** Umgekehrt erhalten die CPCs die Vorgaben von den übergeordneten hierarchischen Ebenen und übernehmen in ihrer Position vor allem die Verantwortung für die Auswahl der Projektbegünstigten. Somit haben die ländlichen CPCs wenig Gestaltungsspielraum. **Gruppe 3: (S-R)** Frauen sind seit 2007 verstärkt über eine Quote innerhalb der CPCs organisiert. Davon profitieren auch die Bewohnerinnen der Gruppe 3, da sie sich seitdem innerhalb der formalen Partizipationsräume politisch organisieren. Durch die Weiterbildungsmaßnahmen der BO kennen sie ihre politischen Rechte und partizipieren. Ihr Mitspracherecht tun sie laut kund, um andere Frauen für eine Teilnahme zu begeistern. **(R-S)** Umgekehrt arbeiten die Bewohnerinnen inzwischen als Lehrerin für die Vor- und Primarstufe und als Konditorin, wodurch sie eine ökonomische Unabhängigkeit erworben haben. B und D sind nicht mehr innerhalb der Basisorganisationen aktiv, aber sie konsultieren ADINJA und GMI weiterhin.



6 Gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten durch Basisorganisationen

6.1 Handlungsmöglichkeiten durch Basisorganisationen

Nach den in Kapitel 5 dargestellten Wechselwirkungen von Ungleichheitsdimensionen, die Aufschlüsse über die Zugangsmöglichkeiten und Zugangsbarrieren der drei Gruppen zu politischen Entscheidungsprozessen und/oder Verhandlungen gegeben haben, soll nun analysiert werden, inwieweit die beiden BO die Handlungsmöglichkeiten der drei Gruppen für den Zugang zu politischen Verhandlungen schaffen bzw. ausweiten (können). Hierfür wird untersucht, inwieweit ADINJA und GMI laut der BewohnerInnen gerechtere Zugangsmöglichkeiten auf den forschungsleitenden Dimensionen Anerkennung (Reflektion bestehender Stereotype anregen), Umverteilung (Bildungs- und Informationszugänge), Repräsentation (Interessens- und Informationsaustausch anhand von (trans-)nationalen Netzwerken) erzeugen können. Zur Beantwortung dieser Frage werden die Antworten der BewohnerInnen anhand der drei Gruppen dargestellt und abschließend mit dem Arbeitsbegriff kontrastiert.

6.1.1 Informationsquellen und Weiterbildungsmaßnahmen

In den Interviews wurden die BewohnerInnen nach der Teilnahme, dem Nutzen und dem Einfluss auf die eigene politische Partizipation von Weiterbildungsmaßnahmen gefragt. Weiterhin wurde erhoben wo und bei wem sich die InterviewpartnerInnen über politische Geschehnisse, aktuelle Dorfentscheidungen, d.h. über ihre Rechte und Pflichten informieren.

Kasten 4: K1⁹⁸ Informationsquellen und Weiterbildungsmaßnahmen

Welche Veranstaltungen werden von den Basisorganisationen (wo) angeboten? An welchen nehmen die InterviewpartnerInnen teil? Welche Informationsquellen verwenden die BOen? An wen wenden sich die InterviewpartnerInnen, um sich zu informieren und ihre/ seine Interessen zu artikulieren?

In der **Gruppe 3** hat Bewohnerin B während der ersten Sitzungen und Veranstaltungen von ADINJA gelernt, dass man auch mit wenigen finanziellen Mitteln ein Theaterstück inszenieren kann und dass dafür keine Aus- oder Schulbildung notwendig, sondern die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema wichtig sei. Die TeilnehmerInnen von ADINJA ermutigen die Jugendlichen im Dorf den Schulbesuch fortzusetzen, informieren über Stipendien und unterstützen sich gegenseitig bei Alphabetisierungsmaßnahmen. Während der Treffen mit ADINJA wurde gemeinsam reflektiert, so B, warum vor allem Kinder, Jugendliche und Frauen in der Gesellschaft untergeordnet sind, warum Mädchen aus den Dörfern so selten in weiterführende Schulen gehen. Für B war es völlig neu, dass sich Jugendliche informell austauschen, sich unterstützen und vor allem niemanden auslachen. Bewohnerin B hob dabei vor allem die beiden TeilnehmerInnen hervor, die dank der MST in Brasilien studieren konnten. „Sie haben ein sehr kritisches, offenes Wissen“ (Bewohnerin B: 3.)⁵⁰. Bewohnerin B bezeichnet das Theater als ein geeignetes Instrumentarium zur Informationsvermittlung und Reflektion über bestehende Stereotype, da es vor

⁵⁰ „Ellos tienen una mentalidad crítica y abierta“.



allem bildungsferne BewohnerInnen aufgrund nicht vorhandener Lese- oder Sprachbarrieren erreichen kann, es unterhaltsam ist und weil die Aufführungen kostenlos sind. B hat bei einem Theaterstück von ADINJA mitgespielt und erlebt, was die Aufführungen auslösen können:

“Einige Frauen haben angefangen zu weinen, es tut zwar weh, das zu sehen, aber es ist wichtig, weil es zeigt, dass ihnen ihre eigene Situation klar wird. Aber wir zeigen im Theaterstück natürlich auch, dass wir was ändern können, wir motivieren. Uns ist wichtig zu zeigen, dass auch alleinerziehende Mütter, Kinder und Jugendliche bei den politischen Aktivitäten teilnehmen können”⁵¹ (Bewohnerin B: 3).

Bewohnerin D hat vor allem durch Weiterbildungsmaßnahmen gelernt, die politischen Rechte von Frauen in Anspruch zu nehmen. Dies hat ihr Mut zur Teilnahme in formal verfassten politisch-öffentlichen Räumen gegeben. Dabei betrachtet sie die Weiterbildungsmaßnahmen von GMI als besonders wichtig, da sie innerhalb der Dörfer auf BewohnerInnen treffen, die sich ihrer politischen Rechte bisher nicht bewusst waren. Bei der GMI stehen nicht die Modelle (CDM, CCP) im Vordergrund, sondern die politische Gestaltungsmacht der ländlichen BewohnerInnen. Sie machen daher auf Missstände der Modelle aufmerksam und erklären, in welchen Partizipationsräumen sie intervenieren können. Die beiden Bewohnerinnen nannten als Informationsquelle den politischen Sekretär der FSLN, GMI und/ oder ADINJA sowie das Radio Camoapa. Bewohner H der **Gruppe 2** hat das Theaterstück von ADINJA *Paraiso Perdido* (Verlorenes Paradies) in Managua, Bewohner G den Straßenumzug von *La Cara Verde* (Das grüne Gesicht) in Camoapa gesehen. Beide bezeichnen die Aufführungen als kritisch und sinnvoll, da sie aktuelle politische Prozesse aufgreifen und so die Menschen zum Nachdenken bewegen. Beide äußerten, dass ADINJA mit ihren Aufführungen nicht ausreichend die ländliche Bevölkerung erreiche. „Wer von uns hier kann einfach mal so nach Managua fahren?“⁵² (Bewohner H: 3). Bewohner H hebt bei GMI hervor, dass die Gruppe nicht nur aus Frauen besteht, sondern alle, auch Jugendliche, teilnehmen können. Nur so sei auch eine tatsächliche Partizipation möglich. Außerdem erklärte er, „die meisten Männer hätten doch sonst niemals ihre Frauen dahin gelassen, jetzt können sie gemeinsam teilnehmen und voneinander lernen“ (Bewohner H: 4)⁵³. Bewohner G, der Frauen für eine Teilnahme innerhalb der CPCs überredet, konstatierte, dass ADINJA anders als die CPCs „[...] die Wichtigkeit der Geschlechtergerechtigkeit betont“⁵⁴ (Bewohner G: 2). Die CPCs haben demgegenüber keine Weiterbildungsmaßnahmen in seinem Dorf angeboten. Er führt dies auf fehlende finanzielle Mittel sowie die mangelnde Unterstützung durch die zentralen politischen Organisationen zurück (Bewohner G: 2). Die beiden Bewohner informieren sich über das Radio Camoapa, die Zeitung und ihre Partei. **Gruppe 1** hat unterschiedliche Ansichten: BewohnerInnen A, E

⁵¹ “Algunas mujeres empezaron a llorar, es difícil verlo, pero importante, porque muestra que ellas se dan cuenta de su propia situación. Pero nosotros obviamente mostramos también que podemos cambiar, ser madres solteras, participar en las actividades políticas, como jóvenes como mujeres que somos, aponernos activas”.

⁵² “Quien de aquí puede viajar a Managua”.

⁵³ “Los hombres nunca podrían dejar salir a sus mujeres al grupo y ahora pueden hacer juntos política y puedan aprender del otro.”.

⁵⁴ “Explicaron la importancia de igualdad de género”.



und I betrachten die Weiterbildungen der BO als positiv, da etwas im Dorf angeboten wird. Zugleich bemängeln sie die geringe Präsenz von ADINJA bzw. GMI im Dorf. A habe an einer Weiterbildung von ADINJA zum Klimawandel teilgenommen, gemeinsam waren sie danach Bäume aufforsten. Auf die Frage, inwieweit sie von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sei, nannte die Bewohnerin, dass „wir alle betroffen sind, wir müssen aufforsten und die Umwelt schützen“⁵⁵ (Bewohnerin A: 5). Bewohnerin E hat bisher kaum an Weiterbildungen der GMI teilgenommen, konnte sich aber über Gespräche mit TeilnehmerInnen der GMI an öffentlichen Plätzen austauschen. Bewohnerin E meinte, dass sie so informiert bleibe und inzwischen weiß, dass die politischen Sitzungen für alle offen sind und sie selbst Projektvorschläge einreichen kann. Auch hat sie von der GMI über das Minenbauprojekt und deren Auswirkungen erfahren. „Minenprojekte gibt es nicht nur bei uns, sondern auch in unseren Nachbarländern und dort stiften sie viel Unheil an“⁵⁶ (Bewohnerin E: 3). Bewohner I kennt ADINJA, da ein Familienmitglied von ihm innerhalb der Gruppe organisiert ist. I gefällt die Arbeit der Gruppe „weil sie kritisch sind, weil sie wollen, dass die Leute innerhalb der Politik partizipieren. Das ist was sie wollen und mir gefällt das, weil die Leute hier Angst vor der Politik haben, sie haben kein Vertrauen in die Politik [...]“⁵⁷ (Bewohner I: 3). Bewohner I nannte, dass die GMI über die Termine der Stadtratssitzungen informieren, die in der Regel für alle BürgerInnen offen sind, deren Teilnahme allerdings oft durch Unkenntnis des Datums bzw. der Uhrzeit beschränkt wird. C und F kannten die BO nicht. Gruppe 1 informiert sich über ihre Familie, NGOs und das Radio Camoapa.

6.1.2 Politische Repräsentation der Basisorganisationen

In den Interviews wurde danach gefragt, an wen sich die BewohnerInnen im Dorf wenden, wenn sie ein politisches Anliegen haben, wem sie ihm Dorf ihre Bedürfnisse anvertrauen würden und wer am besten wie ihre Interessen vertreten kann.

In der **Gruppe 3** nannte D, dass sie gemeinsam mit der GMI einen Gemeindeplan erstellt habe, indem die Gruppe die Bedürfnisse ihrer Dörfer zusammengetragen und der Gemeinderegierung vorgelegt habe. Bewohnerin D bezeichnet diesen Plan als sehr wertvoll, da er die Stimmen der BewohnerInnen widerspiegelt. Teile dieses Gemeindeplans wurden von der Gemeinderegierung übernommen, woraus Wasser- und Gesundheitsprojekte für einige Dörfer entstanden sind. Außerdem sei aktuell eine Teilnehmerin der GMI für den Gemeinderat aufgestellt. Das sei das erste Mal, dass eine Frau aus ihrem Dorf für den Gemeinderat kandidiere und Bewohnerin D führt das - auf Nachfrage - auf die Weiterbildungen der GMI zurück. „Frauen erhalten mehr Selbstbewusstsein und lernen, was politische Teilhabe bedeutet. Sie lernen sich politisch auszudrücken

Kasten 5: K4 Politische Repräsentation der BOen

Hatten/haben die BOen die Möglichkeit, Interessen der Interviewten in formalen/informellen politischen Verhandlungen zu repräsentieren.

⁵⁵ “Somos todos afectados, tenemos que reforestar y cuidar el medio ambiente”.

⁵⁶ “Proyectos mineros no hay sólo en nuestro país sino también en los países vecinos, donde se provocan mucho daño”.

⁵⁷ “Porque son críticos y porque quieren que la gente participe en la política. Eso es que lo quieren y me parece bien, porque la gente tiene miedo, no confía en la política”.



und haben dann weniger Angst aktiv teilzunehmen“⁵⁸ (Bewohnerin D: 5). ADINJA unterstützt, so Bewohnerin B, die Interessen der Kinder und Jugendlichen, indem ADINJA “besonders den Jugendlichen einen hohen Stellenwert zuschreiben und uns motivieren uns weiterzubilden, unsere Meinung zu sagen und uns erklären, dass unsere Interessen angehört werden müssen“⁵⁹ (Bewohnerin B: 2). B wendet sich bei Bildungsfragen an ADINJA, da sie Informationen über Stipendien besitzen. Im nächsten Jahr möchte sie mit einem dieser Stipendien die Sekundarstufe beenden. B erklärt, dass die Interessen der Jugendlichen inzwischen durch ADINJA, aber auch durch den politischen Sekretär in ihrem Dorf repräsentiert werden. ADINJA erklärt, so B, in den Theaterstücken die Relevanz der Bildung, vor allem auch für Frauen, die oft nicht die Sekundarstufe auf Grund von patriarchalen Strukturen besuchen. **Gruppe 2** fühlt sich von den beiden BO nicht vertreten. Die beiden Bewohner erklären das damit, dass sie bereits politisch organisiert seien und selbst ihre politischen Interessen in Entscheidungsprozesse einbringen. Bewohner H erklärt, dass die GMI aufgrund ihrer öffentlichen Einflussnahme auf politische Willensbildungsprozesse und trotz der CPCs, weiterhin die Bedürfnisse der BewohnerInnen repräsentieren. H unterstützt die Gruppe, weil sie vor allem Bewohnerinnen ansprechen und politisch motivieren können. Er erklärt das u.a. damit, dass Frauen sich besser unter Frauen aufgehoben fühlen. G betrachtet die Arbeit von ADINJA als sehr wertvoll, da sie kritisch sind und Jugendliche motivieren, sich für die Gesellschaft zu engagieren. Als politische VertreterInnen bezeichnet G ADINJA nicht, da sie eine Jugendgruppe sind, die auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam machen, aber keine politischen Erfahrungen besitzen. **Gruppe 1** organisiert sich vorrangig innerhalb der Familie, die auch die zentrale soziale Absicherungsinstanz darstellt. Auf Nachfrage wurden für den Fall von Ernteausschlägen als weitere Ansprechspartner für Unterstützung von A und E ADINJA, GMI und die EZ-NGOs; von C die EZ-NGOs; von F niemand und von I die CPCs genannt. Bewohnerinnen A und E erklärten, dass die BO wichtig für die ländlichen BewohnerInnen seien, da viel Naivität in den Dörfern herrsche. Beide nannten das Minenprojekt und lobten die Aktionen der BO in Camoapa und darüber hinaus. Die BewohnerInnen sehen sich von den beiden BO politisch nicht repräsentiert, aber sie seien wichtig.

6.2 Gerechtere Klimaanpassungspolitik durch emanzipatorische Basisorganisationen

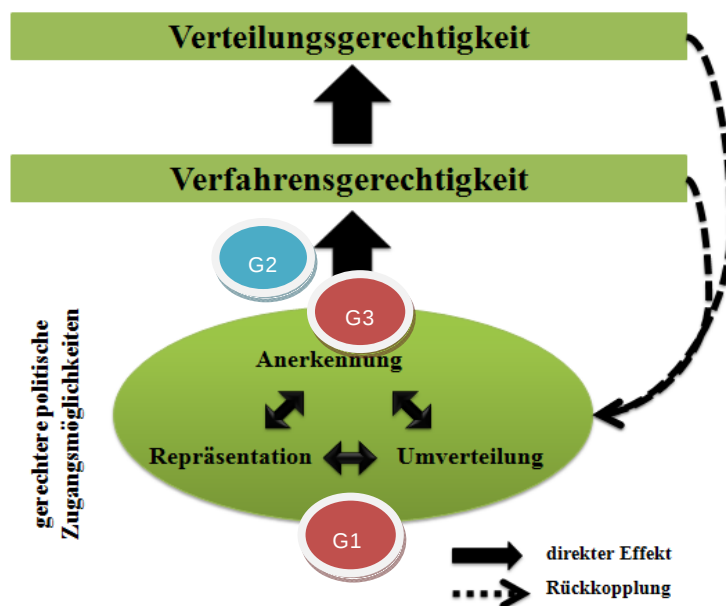
Basisorganisationen sind kein neues Phänomen. Neu ist aber dass „social activism is one element in a newly emerging regime of global regulation“ (Lipschutz et al. 2011: 369). Abbildung 4 zeigt grafisch, welches Potential ADINJA und GMI auf die drei Gruppen haben, um politische Zugangsmöglichkeiten zu erweitern und somit einer gerechteren Klimaanpassungspolitik näher zu kommen. Hierfür dient die Abbildung 2 aus Kapitel 4, die den theoretischen Rahmen gerechterer Zugangsmöglichkeiten darstellt. In die Abbildung 4 wurden die drei Gruppen anhand der empirischen Ergebnisse eingeordnet. Dabei wird auf die Unterschiede zwischen ADINJA und GMI in Bezug auf ihr emanzipatorisches Potential für

⁵⁸ “Las mujeres obtienen más confianza y aprenden lo que significa participación política. Ellas aprenden a expresarse políticamente y tienen menos miedo a participar activamente”.

⁵⁹ “Da mucho valor especialmente a los jóvenes y como joven tienes que estudiar y opinar y tu interés es escuchado”.

gerechtere Zugangsmöglichkeiten nicht eingegangen, da die BO auf die drei Gruppen in etwa den gleichen Einfluss hatten. Die Unterschiede zwischen den BO werden in diesem Kapitel weiter unten dargestellt.

Gruppe 2 ist blau markiert, da die empirischen Ergebnisse darauf hindeuten, dass die BO wenig bis keinen Einfluss auf ihre politischen Aktivitäten genommen haben. Daher befinden sie sich auch außerhalb des konzipierten Arbeitsbegriffs „gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten“ (grüner Kreis). Die Bewohner der Gruppe 2 erfahren trotz ihrer Teilnahme an politischen Verhandlungen und/oder Entscheidungsprozessen keine Verfahrensgerechtigkeit, da sie von den CPCs ausgeschlossen werden (Bewohner H) und/oder zu wenig ihre eigenen Interessen artikulieren können (Bewohner G).



(Eigene Darstellung in Anlehnung an Köckler 2011: 97)

Abbildung 4: Dreidimensionale umweltbezogene Gerechtigkeit unter Berücksichtigung des emanzipatorischen Potentials von Basisorganisationen

Besonders in der **Gruppe 3** zeigten die Weiterbildungsmaßnahmen alternative Denkweisen auf, die in den beiden Frauen ein Bewusstsein für politische Teilnahme auslösten. Ungleichheitsdimensionen, wie die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, werden von den Bewohnerinnen der dritten Gruppe jetzt als gesellschaftlich konstruiertes Problem eingeordnet und nicht mehr nur als eine persönliche Situation wahrgenommen. Sie beteiligen sich innerhalb der CPCs nicht nur wegen der Frauenquote, sondern weil sie politisch organisiert sein möchten, um Bedürfnisse der BewohnerInnen ihrer Dörfer zu repräsentieren. Dabei konsultieren sie weiterhin ADINJA und GMI und versuchen gemeinsam ihre Forderungen zu bündeln und Politik zu beeinflussen. Die Bewohnerinnen haben gerechtere Zugangsmöglichkeiten über die BO erfahren und organisieren sich derzeit innerhalb der CPCs, daher ist die Gruppe 3 in Abb. 4 auf dem Pfeil in Richtung Verfahrensgerechtigkeit positioniert, da sie an politischen Verhandlungen und/oder Entscheidungsprozessen teilnehmen. Die Interviews und Gespräche haben gezeigt, dass die BewohnerInnen der Gruppe 3 die Aufgaben der CPCs ausführen und ihre eigenen Interessen dabei nicht durchsetzen. Die Gruppe 3 ist daher – im Vergleich zur Gruppe 2 - weiter entfernt von der VG positioniert, da die Bewohner der Gruppe 2 verstärkter ihre Interessen



artikulieren und durchsetzen können. Das kann damit erklärt werden, dass die Bewohner der Gruppe 2 schon länger politisch organisiert sind und sich in festen Netzwerken befinden, die ihnen eine Interessensartikulation erleichtert. Die traditionelle Rollenverteilung, vor allem in den ländlichen Gegenden Nicaraguas, erleichtert es Männern zudem, sich politisch zu organisieren. Einige BewohnerInnen der **Gruppe 1** ordnen die Informationen der GMI und die Theateraufführungen von ADINJA als wichtig ein, bisher änderte das nichts an ihrer politischen Teilhabe. Ein Bewusstsein impliziert nicht sofort gerechtere Zugangsmöglichkeiten zu Entscheidungsprozessen. Vielmehr ist dies als Prozess zu verstehen. „[D]ie BewohnerInnen lernen voneinander und sobald Bewusstsein über patriarchale Strukturen und deren Hintergründe innerhalb einer Familie gebildet sind, überträgt sich die Bewusstseinsbildung in den meisten Fällen auch auf andere Familien“⁶⁰ (GD 2: 3).

ADINJA und GMI haben emanzipatorisches Potential, um einer gerechteren Klimaanpassungspolitik näher zu kommen. ADINJA kann vor allem die Relevanz der Bildung und der politischen Teilhabe durch Theaterstücke oder Straßenumzüge an die BewohnerInnen tragen und durch Dorfaktionen, wie Aufforstungsmaßnahmen, erklären, dass der Klimawandel ein globales sozial-ökologisches Problem darstellt. GMI erreicht die ländlichen BewohnerInnen vor allem über informelle Gespräche. Außerdem informiert GMI über die Termine der Stadtratssitzungen und versucht die Interessen der BewohnerInnen bei Projektanträgen zu berücksichtigen bzw. erklärt den BewohnerInnen ihr Recht, Projektanträge beim Bürgermeister in Camoapa oder beim FSLN-Politsekretär einzureichen. Beide BO ermöglichen den ländlichen BewohnerInnen einen Informationszugang, der ihnen auch andere Realitäten aufzeigt und lokale Probleme anhand globaler Zusammenhänge erklärt. Beide Gruppen engagieren sich für politische Teilhabe und zeigen – in ihren Netzwerken und durch (neue) Medien (Internet, Radio, Theater etc.) – welche lokalen sozial-ökologischen Auswirkungen globale Entscheidungen haben können. Hierdurch können sie Bezug auf Machtverhältnisse und hegemoniale Strukturen nehmen⁶¹. Trotz des positiven Potentials (trans-)nationaler Bewegungsorganisationen dürfen externe und interne Machtverhältnisse, wie in Kap. 4.1.4 und Abhängigkeitsstrukturen nicht ausgeblendet werden. Abhängigkeitsstrukturen derart, dass GMI auf das Transportgeld der TeilnehmerInnen angewiesen ist, um Projektanträge in Camoapa einzureichen oder an Weiterbildungen teilnehmen zu können. Damit GMI nicht abhängig von den Weiterbildungen des Frauenhauses werden, eruieren sie alternative Informationsquellen und verwenden immer öfter das Internet. So positiv das Theater der Unterdrückten von unterschiedlichen Akteuren bewertet wurde, kann ADINJA ohne finanzielle Unterstützung die Auftritte in den Dörfern kaum leisten. ADINJA stellt dabei die eigenen Werte in den Vordergrund, weshalb sie nicht mit Organisationen kooperieren, hinter deren Projektinhalten sie nicht stehen. Denn meistens haben die Geberorganisationen genaue Vorstellungen über die Themenauswahl der Theaterstücke. Das heißt, da ADINJA und GMI finanziell und zeitlich in ihrem Handeln eingeschränkt sind und sie selbst für ihr familiäres und eigenes (Über)leben aufkommen müssen, können sie nur einen Bruchteil der BewohnerInnen erreichen, die sie mobilisieren möchten.

⁶⁰ „Los personas aprenden de ellos mismos y cuando hay conciencia acerca estructuras patriarcales y las razones etc. en una familia, viene la conciencia también a los demás familias”

⁶¹ Zu ähnlichen Ergebnissen sind Studien gekommen, die die Verteilungsgerechtigkeit untersucht und herausgefunden haben, dass Bewegungsorganisationen über den Austausch auf räumlichen Maßstabsebenen zu einer Verteilung beigetragen haben (Haarstad 2006; Towers 2000; Urkidi 2011).

7 Schlussbetrachtung und Ausblick

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stand das Potential von Basisorganisationen, der ländlichen Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten Nicaraguas gerechtere Zugangsmöglichkeiten zu politischen Verhandlungen mit dem langfristigen Ziel einer gerechteren Klimaanpassungspolitik zu verschaffen. Auf Grundlage der Interviews und der Hintergrundgespräche konnte festgestellt werden, dass die Handlungsspielräume der befragten BewohnerInnen in den Untersuchungsgebieten, auf die Klimawandelfolgen reagieren zu können, sehr gering sind. Anhand des Vulnerabilitätsansatzes von Dietz (2011) wurde einführend beschrieben, dass Vulnerabilität im Umgang mit Klimawandelfolgen auf politischer Ebene zu betrachten ist. Daher ist es notwendig, dass die Bevölkerung ihre Interessen und Bedürfnisse in politischen Verhandlungen und/oder Entscheidungsprozessen artikulieren und durchsetzen kann. Gerechtere politische Zugangschancen sind folglich für eine gerechtere Klimaanpassungspolitik unerlässlich. Denn erst mit dem Zugang zu klimarelevanten Verfahren und Entscheidungsprozessen und dem Durchsetzen der eigenen Interessen während des Verfahrens (Verfahrensgerechtigkeit), kann eine angestrebte Verteilungsgerechtigkeit erreicht werden, welche gerechtere Zugangsrechte zu materiellen und immateriellen Gütern ermöglicht. Es wurde der Arbeitsbegriff ‚gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten‘ entwickelt: Den Rahmen stellt die Verfahrensgerechtigkeit dar und die Voraussetzung zu deren Erlangung umfasst in Anlehnung an Frasers dreidimensionale Gerechtigkeitskonzeption und die *scale*-Debatte erstens, Anerkennung, d.h. Reflektion bestehender Stereotype über kulturelle Normen und Stereotype, zweitens, Umverteilung, verstanden als Bildungs- und Informationszugänge sowie drittens, Repräsentation, als Interessens- und Informationsaustausch auf räumlichen Maßstabsebenen mit (trans-)nationalen Bewegungsorganisationen. Ausgehend von diesem Arbeitsbegriff wurde gefragt, ob Basisorganisationen gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung schaffen bzw. erweitern können. Um einen Einblick zu erhalten, welche ländlichen Personen(gruppen) warum Zugangsmöglichkeiten oder Zugangsbarrieren zu politischen Verhandlungen haben und welche Notwendigkeit gerechterer politischer Zugangsmöglichkeiten existiert, wurde die intersektionale Mehrebenenanalyse angewandt. Als deduktive Kategorien wurden theoriegeleitet Geschlechter- und Klassenverhältnisse sowie das Alter bestimmt. Empirisch wurden als induktive Kategorien der Organisationsgrad, die Parteizugehörigkeit und die Informationszugänge entwickelt. Anhand von drei Kontrastgruppen konnte gezeigt werden, wie die Wechselwirkungen der Kategorien auf der Identitäts-, Struktur-, und Repräsentationsebene bestimmten Personen(gruppen) den Zugang zu politischen Verhandlungen erleichtern bzw. erschweren. In Bezug auf die Kategorie Geschlechterverhältnisse wurde erkennbar, dass Heteronormativismen und tradierte geschlechtsspezifische Rollenbilder, wie beispielsweise die verschiedenen Anforderungen an Frauen (Reproduktionsarbeit, Engagement in der Kirche und EZ-NGOs, CPC-Beteiligung durch die Frauenquote) und an Männer (Familienvorsorger und politisch Aktiver) auf allen Ebenen angesprochen wurden. So herrschen Stereotypen, wie ‚Der starke Politiker‘ und ‚Die fürsorgliche Mutter‘ vor, durch die Herrschaftsverhältnisse gestützt werden. Diese geschlechtsspezifisch konnotierten Normen werden auch durch die Frauenquote in den CPC nicht verändert. Die Aussagekraft der Kategorie Alter bedarf einer vorsichtigen Betrachtung. Auffallend ist, dass das Alter in den



Interviews nicht explizit thematisiert wurde. Allerdings wurde in Hintergrundgesprächen mehrmals erwähnt, dass ADINJA ja *nur* eine Jugendgruppe sei und keine politische Erfahrung habe. Bewohnerin B als jüngste Interviewpartnerin erklärte, wie schwer es ist, als junge Frau innerhalb der informellen Partizipationsräume organisiert zu sein. Die Kategorie Alter ist demnach mit Geschlechterverhältnissen verwoben. Genau hier zeigte sich der Mehrwert der intersektionalen Analyse: Aufgrund der Kombination induktiver und deduktiver Kategorien kann Nicht-Thematisiertes erkannt werden (Winker et al. 2009: 143). In Bezug auf die Kategorie Klassenverhältnisse wurde deutlich, dass die Bewohner der Gruppe 2, die über ihre berufliche Tätigkeit als Landwirte finanziell abgesicherter sind, sich weniger Gedanken um die Familienversorgung machen und daher – im Vergleich zu den BewohnerInnen der Gruppe 1 – eher die Möglichkeit zur politischen Partizipation haben. Durch ihre politische Aktivität können sie Netzwerke aufbauen, die ihnen wiederum in ihrem Beruf zugutekommen. So wird ihnen die politische Interessensdurchsetzung vor allem auch aufgrund ihrer sozial-ökonomischen Situation ermöglicht. Die Bewohnerinnen der Gruppe 3 hatten die neuen Berufsmöglichkeiten durch die Teilnahme bei den CPCs betont und erklärt, dass sie oft finanzielle Engpässe hatten, als sie noch innerhalb der BO organisiert waren. Gruppe 1 hat vor allem aufgrund der Geschlechter- und Klassenverhältnisse (Reproduktionsarbeit, Subsistenzwirtschaft) wenig Zeit sich politisch zu engagieren. Eng verknüpft mit der Kategorie Klassenverhältnisse ist der Informationszugang, der vor allem der Gruppe 1 verwehrt bleibt, der Gruppe 3 aufgrund von BO und jetzt den CPCs ermöglicht wurde und für die Gruppe 2 schon seit langer Zeit bestand. Klassenverhältnisse und Informationszugang sind wiederum in engem Zusammenhang mit der Parteizugehörigkeit und dem Organisationsgrad. Die Gruppe 3 hat aufgrund der FSLN-Mitgliedschaft neue berufliche Möglichkeiten und Zugangsmöglichkeiten zu politischen Prozessen erhalten. Bewohnerin B kann bspw. durch ihre neue Beschäftigung und aufgrund von Informationen von ADINJA als alleinerziehende Mutter an politischen Verhandlungen teilnehmen. Die BewohnerInnen der Gruppe 1 sind zwar innerhalb von EZ-NGOs und der Kirche organisiert, sie haben aber geringe Zugänge zu politischen Informationen, da CPCs und BO sie zu wenig bis gar nicht erreichen.

Für ein Verständnis nicaraguanischer Partizipationsräume wurden ebenfalls die formalen Partizipationsräume und hier insbesondere die Bürgermachtsräte (CPC) betrachtet und daraufhin analysiert, inwiefern sie den BewohnerInnen Partizipationsmöglichkeiten an politischen Verhandlungen geben können. Das hatte das vorrangige Ziel, zu ergründen, inwieweit BO die formalen Partizipationsräume transformieren und somit den BewohnerInnen künftig gerechtere Zugangs- und Partizipationschancen (Verfahrensgerechtigkeit) ermöglichen können. Anhand der Sekundärliteratur und der empirischen Ergebnisse kann für die Untersuchungsgebiete festgestellt werden, dass es den CPCs an parteipolitischer Unabhängigkeit und an Partizipationsräumen für die nicht FSLN-nahe Bevölkerung fehlt. In den Untersuchungsgebieten konnte beobachtet werden, dass die Zugangsmöglichkeiten zu politischen Verhandlungen über die CPCs weniger das Artikulieren und Durchsetzen eigener Interessen oder denen der BewohnerInnen (*bottom-up*) ermöglicht, sondern vor allen Dingen die Verteilung staatlicher Sozialprogramme beinhaltet (*top-down*). Allerdings erhalten vor allem ländliche BewohnerInnen und zunehmend Frauen, die während früherer Regierungen meist von politischen Prozessen ausgeschlossen wurden, über die CPCs „politische Partizipationsmöglichkeiten“. Ferner konnte in den

Untersuchungsgebieten festgestellt werden, dass weder Klimaanpassung noch Klimaschutz einen Einfluss auf die CPCs nehmen. Es findet kein *bottom up*-Prozess statt, der den Eingang von lokalen Interessen und Bedürfnissen in die Klimaanpassungspolitik sicherstellen könnte. Ausgehend von diesen Ergebnissen kann für die Untersuchungsgebiete geschlussfolgert werden, dass die CPCs es teilweise schaffen die „formalen Ausschlusskriterien“ (Dietz 2011: 152) der Entwicklungskomitees (CDMs) - die inzwischen parallel zu den CPCs existieren - zu öffnen. Gleichzeitig erzeugen die CPCs Ausschlusskriterien, indem (beinahe) ausschließlich FSLN-Sympathisanten innerhalb der CPCs organisiert sind.

Für eine gerechtere Klimaanpassungspolitik reichen demnach die formalen demokratischen Zugänge zu politischen Verfahren und die hierarchisch von oben implementierten und gesteuerten CPCs nicht aus und lassen gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten vermissen. Aufgrund der Kontrastierung des Arbeitsbegriffs gerechterer politischer Zugangsmöglichkeiten und der empirischen Ergebnisse kann in Bezug auf ADINJA und GMI festgestellt werden, dass die beiden BO über das emanzipatorische Potential verfügen, BewohnerInnen zum kritischen Denken zu bewegen und Informationen über den Klimawandel und mögliche Anpassungsmaßnahmen in die Dörfer zu transferieren. Die zwei Bewohnerinnen der Gruppe 3 waren früher innerhalb der BO organisiert und haben über die Weiterbildungsmaßnahmen und Reflexionsinstrumente ihre politischen Rechte kennengelernt, patriarchale Strukturen reflektieren gelernt und Selbstvertrauen gewonnen. Inzwischen sind die Bewohnerinnen innerhalb der CPCs organisiert und nehmen an politischen Entscheidungsprozessen teil. Wie für die CPCs bereits geschlussfolgert, handelt es sich für die Bewohnerinnen nicht um politische Partizipationsmöglichkeiten, in denen sie ihre Interessen artikulieren oder durchsetzen können. Die Bewohnerinnen der Gruppe 3 können aber durch die Teilnahme innerhalb der formalen Partizipationsräume gesellschaftliche Handlungsspielräume auf anderen Ebenen schaffen, beispielsweise in dem die Bewohnerinnen weiterhin die BO konsultieren und mit ihnen kooperieren⁶². Dadurch können die formalen Partizipationsräume transformiert werden und eine gerechtere Einflussnahme und Interessensvertretung für derzeit ausgeschlossene Personen(gruppen) gelingen. Auf die Gruppe 2 haben die BO keinen erheblichen Einfluss, da die beiden Bewohner schon seit langer Zeit politisch organisiert und in festen Netzwerken engagiert sind. Die BewohnerInnen der Gruppe 1 nehmen die BO größtenteils wahr, sie werden von ADINJA und/oder GMI allerdings kaum erreicht, obwohl aufgrund der Wechselwirkungen von Ungleichheitsdimensionen die Gruppe 1 am wenigsten an politischen Verhandlungen teilnimmt und daher am ehesten mobilisiert werden müsste. Abgesehen von den geschlechtsspezifisch konnotierten Verantwortungen, die den BewohnerInnen der Gruppe 1 wenig Zeit für politische Aktivitäten lassen, liegt das vor allen an der finanziellen Situation der BO. ADINJA und GMI möchten ihren Werten treu bleiben und stehen deshalb Kooperation mit Geberorganisationen skeptisch gegenüber. Das ist notwendig, um hegemoniale Strukturen kritisieren zu können und eine strukturelle Transformation einzuleiten, d.h. Stereotypen zu überdenken und so Anerkennung für subalterne Gruppen zu schaffen und sie informiert, kritisch und ebenbürtig an Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Andererseits bewirkt dies, dass die BO die ländliche politisch-marginalisierte Bevölkerung faktisch kaum erreichen.

⁶² Interessant war bei den Interviews, dass die beiden Bewohnerinnen der Gruppe 3 fast immer im Plural gesprochen haben, wenn sie von ADINJA oder GMI berichtet haben.



Doch selbst wenn gerechtere politische Zugangsmöglichkeiten und daraus eine Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit in Nicaragua entstehen würden, muss das nicht bedeuten, dass diese auch auf internationaler Ebene vorzufinden wären. Nicht alle nationalen Regierungen können ihre Interessen aufgrund globaler politischer Machtasymmetrien, „die für den Klimawandel im Nord-Süd-Kontext konstituierend sind“ (Dietz 2011: 263) gleichberechtigt einbringen. Daher werden global agierende Bewegungsorganisationen als „globale Regulierer“ und damit als Hoffnungsträger der Klimadebatte bezeichnet, da sie „[e]ine Re-Politisierung der (sozial)ökologischen Krise [...] insbesondere hinsichtlich des Vorantreibens gegenhegemonialer Perspektiven“ (Bedall 2011: 72) bewirken können. Doch neben Basisorganisationen werden andere politische Schritte benötigt, die bestehende globale Machtstrukturen neutralisieren und somit eine gerechtere Klimaanpassungspolitik forcieren können. Ein sicherlich interessantes und weiterführendes Konzept stellt hierfür das „Buen Vivir“ dar, das eine neue Wertigkeit der Gesellschaft und der Umwelt anbietet. Das vordergründige Ziel ist ein „gutes Leben“ heutiger und zukünftiger Generationen, ohne dabei auf Kosten der Anderen oder der Umwelt immer besser leben zu wollen (Gudynas 2011)⁶³. Denn trotz oder vielleicht wegen westlich geprägter *nachhaltiger* Entwicklungsmodelle und Leitbilder dominiert nach wie vor das hegemoniale Ziel der Naturbeherrschung, sowohl in gesellschaftlichen Diskursen, als auch in Politikpapieren zur Klimaanpassung. Deshalb ist es wichtig offen zu sein für neue Ideen und Bewegungsformen. Dafür müssen bestehende Herrschaftsverhältnisse oder „imperiale Lebensweisen“⁶⁴ (Brand 2008: 141) kritisiert werden und öffentlicher Raum für (trans-)nationale Basisorganisationen geschaffen werden, in denen ihre eigenen Ideen und Interessen lautstark gehört werden können. Gemeint ist hier im Speziellen die Entwicklungszusammenarbeit des globalen Nordens, die oftmals zu wenig bestehende Privilegien und den hegemonial geprägten Entwicklungsbegriffs, das heißt auch eurozentristische und rassistische Denkweisen, reflektiert. In Bezug auf die Basisorganisationen bedeutet dies z.B. ihre Projekte/Theaterstücke selbst schreiben zu lassen. Sie selbst wissen viel eher, wie sie die Bewohnerinnen erreichen und sinnvolle Projekte umsetzen können.

⁶³ Das Konzept Buen Vivir wurde bereits in Bolivien und Ecuador in die Verfassung übernommen. Mehr Informationen über das Konzept u.a. von Gudynas (2011).

⁶⁴ Laut Ulrich Brand beruht die „imperiale Lebensweise“ „darauf, dass die Ressourcenflüsse in die kapitalistischen Metropolen gesichert bleiben und damit das hiesige und tendenziell globalisierte Produktions- und Konsumtionsmodell aufrechterhalten wird“ (Brand 2008: 141).



B. Literaturverzeichnis:

Adger, Neil/ Paavola, Jouni/ Huq, Saleemul/ Mace, M.J. (2006): Fairness in Adaptation to Climate Change. Cambridge/ London: MIT Press.

Adger, Neil W./ Huq, Saleemul/ Brown, K./ Conway, D./ Hulme, M. (2003): Adaptation to climate change in the developing world. *Progress in Development Studies* 3, S. 179–195.

Adger, Neil W. (2001): Scales of Governance and Environmental Justice for Adaptation and Mitigation of Climate Change. In: *Journal of International Development* 13. S. 921-931.

ADM – Asociación para el Desarrollo Municipal (o.J.): Plan Departamental de Desarrollo de Boaco. URL: <http://www.admnicaragua.org/resource/items/P/L/PLAN%20DE%20DESARROLLO%20DEPARTAMENTAL%20DE%20BOACO.pdf> (09.09.2012).

Baasch, Stefanie/ Bauriedl, Sybille/ Hafner, Simone/ Weidlich, Sandra (2012): Klimaanpassung auf regionaler Ebene: Herausforderungen einer regionalen Klimawandel-Governance. In: *Raumforschung und Raumordnung* 70(3). S. 191-201.

Bauriedl, Sybille (2010): Erkenntnisse der Geschlechterforschung für eine erweiterte sozialwissenschaftliche Klimaforschung. In: Bauriedl, Sybille/ Schier, Michaela/ Strüver, Anke (Hg.): *Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen: Erkundungen von Vielfalt und Differenz im spatial turn*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 194-216.

Bedall, Philip (2011): NGOs, soziale Bewegungen und Auseinandersetzungen um Hegemonie. Eine gesellschaftstheoretische Verortung in der Internationalen Politischen Ökonomie. In: Brunnengräber, Achim (Hg.): *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Bieri, Sabin/ Segebart, Dörte (2010): Von „schlechten“ Geographien zu Handlungsspielräumen: Die Kategorie Geschlecht in der geographischen Entwicklungsforschung. In: Bauriedl, Sybille/ Schier, Michaela/ Strüver, Anke (Hg.): *Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen: Erkundungen von Vielfalt und Differenz im spatial turn*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 167-193.

Boal, Augusto (1979): Theater der Unterdrückten. Übungen und Spiele für Schauspieler und Nicht-Schauspieler. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bolte, Gabriele (2005): Umwelt und Gesundheit - welche Rolle spielt hierbei soziale Gerechtigkeit? Vortrag am 31.05.05 im Rahmen der Ringvorlesung "Kultur-Krankheiten - Zustände, Befindlichkeiten und Perspektiven", BTU Cottbus. URL: <http://www.sozum.tu-cottbus.de/Hoez/archiv/SS05/Bolte-Manuskript-310505.pdf> (20.07.2012).

Boris, Dieter (2007): Soziale Bewegungen als Form des Unterschichtenprotests. Das Beispiel Lateinamerika. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 1. S. 81-87.

Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur I. Hamburg: VSA.

Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse und materialistische Menschenrechtspolitik – zur Kritik der imperialen Lebensweise. In: Steffens, Gerd/ Weiß, Edgar (Hg.): *Jahrbuch für Pädagogik. Menschenrechte und Bildung*. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.



Brand, Ulrich (2009): Klimapolitik in Zeiten globaler Krisen. Alte und neue Konflikte. Vortrag im Plenum I „Klimawandel in globaler Perspektive: Wer macht Politik für wen?“. Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW). URL: <https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Kongress2009/Abstracts/2009Plenum1.pdf> (04.09.2012).

Brand, Ulrich (2008): „Umwelt“ in der neoliberal-imperialen Politik. Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik. In: Widerspruch 54, S. 139-148.

Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. VSA Verlag: Hamburg.

Brenner, Neil (2008): Tausend Blätter. Bemerkungen zu den Geographien ungleicher räumlicher Entwicklung. In: Wissen, Markus; Röttger/ Bernd/ Heeg, Susanne (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Westfälisches Dampfboot: Münster.

Brunnengräber, Achim (Hg.) (2011): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Brunnengräber, Achim/ Dietz, Kristina/ Hirschl, Bernd/ Walk, Heike (2007): Klimagerechtigkeit. In: Brand, Ulrich/ Lösch, Bettina/ Thimmel, Stefan (Hg.): ABC der Alternativen. Hamburg: VSA Verlag, S. 104-105.

Bryant, Raymond L./ Bailey, Sinéad (1997): Third World Political Ecology. London, New York: Routledge.

Burchardt, Hans-Jürgen (2012): Wie sozial ist Bewegung? Kritische Betrachtungen zur Politik und Demokratie jenseits der Institutionen. In: ebd./ Öhlschläger, Rainer (Hg.): Soziale Bewegungen und Demokratie in Lateinamerika. Ein ambivalentes Verhältnis. Baden-Baden: Nomos.

Butscher, Anke/ Krühler, Clemens (2005): Überlebenskampf in der Landwirtschaft. Notizen aus Nicaragua (1). In: Kommune 5. S. 38-39.

Carruthers, David V. (2008): Environmental justice in Latin America: problems, promise, and practice. Cambridge/ London: MIT Press.

Dietz, Kristina (2011a): Der Klimawandel als Demokratieforderung. Sozial-ökologische und politische Dimensionen von Vulnerabilität in Nicaragua und Tansania. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Dietz Kristina (2011b): Sozial-ökologische Ungleichheiten. Zum Verhältnis von Gesellschaft, Natur und Demokratie in Lateinamerika. In: Wehr, Ingrid/ Burchardt, Hans-Jürgen (Hg.): Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft.

Eriksen, Siri/ Lind, Jeremy (2009): Adaptation as a Political Process: Adjusting to Drought and Conflict in Kenya's Drylands. In: Environmental Management 43. S. 817-835.

Fraser, Nancy (2008): Scales of justice: reimagining political space in a globalizing world. New York: Columbia University Press.

Fraser, Nancy/ Honneth, Axel (2003): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt: Suhrkamp.

Fraser, Nancy (1998): Social justice in the age of identity politics: redistribution, recognition, participation, Discussion paper // Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Abteilung Organisation und Beschäftigung, No. FS I 98-108, <http://hdl.handle.net/10419/44061>.



FIAN Internacional (2007): El derecho a la alimentación y la situación agraria en Nicaragua. Informe de la misión de Investigación de Vía Campesina y FIAN Internacional. URL:

<http://www.fian.org/recursos/publicaciones/documentos/informe-de-mision-investigadora-a-nicaragua/pdf>

Görg, Christoph (2001): Gesellschaftliche Naturverhältnisse und die Transformation des globalen Kapitalismus. In japanischer Sprache in: associe 7. S. 84-101. URL: http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/goerg_naturverhaeltnisse.pdf (13.07.2012).

Görg, Christoph (1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Görg, Christoph (1998): Die Regulation der biologischen Vielfalt und die Krise gesellschaftliche Naturverhältnisse. In: Flitner, Michael/ Görg, Christoph/ Heins, Volker (1998): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik. Opladen: Leske + Budrich. S. 39-61.

Gudynas, Eduardo (2011): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen. In: Kurswechsel 3. S. 69-80.

Gudynas, Eduardo/ Acosta, Alberto (2011): El buen vivir más allá del desarrollo. In: Revista Quehacer. URL: http://www.desco.org.pe/apc-aa-files/6172746963756c6f735f5f5f5f5f5f/11_Gudynas_181.pdf (18.07.2012).

Haarstad, Havard/ Fløysand, Arnt (2007): Globalization and the power of rescaled narratives: A case of opposition to mining in Tambogrande, Peru. In: Political Geography 26. S. 289-309.

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a M.: Suhrkamp.

Hackfort, Sarah/ Burchardt, Hans-Jürgen (2013): Klimawandel und Geschlechterverhältnisse. Feministische Perspektiven auf Verwundbarkeit in Chiapas, Mexiko. In: Burchardt, Hans-Jürgen/ Dietz, Kristina/ Öhlschläger, Rainer (Hg.): Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Studien zu Lateinamerika Nr. 20. Baden-Baden: Nomos.

Harmeling, Sven (2011): Global Climate Risk Index 2011. Who suffers most from extreme weather events? Weather-related loss events in 2009 and 1990 to 2009. Briefing paper. Germanwatch e.V. URL: <http://germanwatch.org/de/download/2193.pdf> (12.09.2012).

Howard, Joanna/ Serra Vázquez, Luis (2011): The changing spaces of local governance in Nicaragua: navigating between contention, collaboration and cooption? URL:

http://eprints.uwe.ac.uk/11584/2/BLAR_HowardSerra_June_17.pdf (13.09.2012).

IPCC (2007): Fourth Assessment Report. Cambridge: Cambridge University Press.

Jungehülsing, Jenny (o.J.): Relaciones de género y vulnerabilidad de las mujeres frente al cambio climático. La contribución de una política de adaptación en el estado de Tabasco a una mayor equidad de género: El programa de Reconstrucción y Reactivación para Transformar Tabasco. In: Heinrich-Böll-Stiftung Oficina México, Centroamérica y el Caribe.

Kampwirth, Karen (2011): Latin America's New Left and the Politics of Gender. Lessons from Nicaragua. Springer Briefs in Political Science. Springer Science and Business Media.

Kerner, Ina (2012): Postkoloniale Theorien. Zur Einführung. Junius Verlag: Hamburg.



- Kerner, Ina (2011):** "Scales of Justice" and the Challenges of Global Governmentality. In: Public Reason (2) 2. S. 40-50.
- Köckler, Heike (2011):** MOVE: Ein Modell zur Analyse umweltbezogener Verfahrensgerechtigkeit. In: Umweltpsychologie 15(2). S. 93-113.
- Köckler, H. (2006):** Wer verbirgt sich hinter dem Schutzgut Mensch? Umweltbezogene Gerechtigkeit als eine Herausforderung für die UVP/SUP. UVPreport, 3. S. 105-109.
- Kuckartz, Udo (2007):** Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. Wiesbaden: VS Verlag.
- Larracoechea, Edurne (2011):** ¿Ciudadanía Cero? El "Hambre Cero" y el Empoderamiento de las Mujeres. Los casos de Matiguás, Muy Muy y Río Blanco. Grupo Venancia, Matagalpa, Nicaragua.
- Lipschutz, Ronnie D./ Mckendry, Corina (2011):** Social Movements and Global Civil Society. In: Dryzek, John S./ Norgaard, Richard B./ Schlosberg, David (Hg.): Oxford Handbook of Climate Change and Society. Oxford University Press: Oxford.
- MARENA (2002):** Escenarios climáticos y socioeconómicos de Nicaragua para el Siglo XXI. Managua.
- Maschewsky, Werner (2004):** Umweltbelastungen: Konzepte für Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit. In: Bolte, G./ Mielck, A (Hg.): Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen. Juventa Verlag: Weinheim, München. S. 221-230.
- Mayer, Margit (2008):** Multiskalare Praxen städtischer sozialer Bewegungen. In: Wissen, Markus/ Röttger, Bernd/ Heeg, Susanne (Hg.): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Westfälisches Dampfboot: Münster. S. 268-289.
- Molyneux, Maxine (1985):** Mobilization without Emancipation? Women's interests, the state, and revolution in Nicaragua. In: Feminist Studies 11(2). S. 227-254.
- Mayring, Philipp (2010):** Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11. aktualisierte und überarbeitete Auflage. Beltz: Basel und Weinheim.
- Gahleitner, Silke-Birgitta (2008):** Doppelt hinschauen. Die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring als Instrument für die Gender-Forschung am Beispiel einer Untersuchung zu geschlechtsspezifischen Aspekten sexueller Gewaltforschung. In: Mayring, Philipp/ Gläser-Zirkuda, Michaela (Hg.): Die Praxis der Qualitativen Inhaltsanalyse. Beltz: Basel und Weinheim. S. 222-233.
- Mendoza, Madeline (2009):** Justicia Climática. Una tarea pendiente. Centro de Estudios Internacionales (CEI): Managua.
- Oettler, Anika (2012):** Gender Divisions: Politische Repräsentation und soziale Ungleichheit. In: Burchardt, Hans-Jürgen/ Öhlschläger, Rainer (Hg.): Soziale Bewegungen und Demokratie in Lateinamerika. Ein ambivalentes Verhältnis. Baden-Baden: Nomos. S. 91-106.
- Paavola, Jouni (2006):** Justice in Adaptation to Climate Change in Tanzania. In: Adger, Neil/ Paavola, Jouni/ Huq, Saleemul/ Mace, M.J. (Hg.): Fairness in Adaptation to Climate Change. Cambridge/ London: MIT Press.
- Paavola, Jouni/ Adger, Neil W./ Huq, Saleemul (2006):** Multifaced Justice in Adaptation to Climate Change. In: Adger, Neil/ Paavola, Jouni/ Huq, Saleemul/ Mace, M.J. (2006): Fairness in Adaptation to Climate Change. Cambridge/ London: MIT Press.
- Paavola, Jouni/ Adger, Neil W. (2002):** Justice and Adaptation to Climate Change. URL:



<http://www.tyndall2.webapp3.uea.ac.uk/sites/default/files/wp23.pdf>
(06.07.2012).

Prado, Silvio/ Mejía, Raquel (2009): CDM y CPC. Modelos participativos: rutas y retos. Las oportunidades como derechos. Centro de Estudios y Análisis Políticos. Managua.

Rodenberg, Birte (2012): Anpassung an den Klimawandel aus Geschlechterperspektive. In: Çağlar, Gülay; Schwenken, Helen; Castro Varela, Maria de Mar (Hg.): Geschlecht - Macht - Klima: Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit. Budrich: Opladen, Berlin, Toronto. S. 115-136.

Scherrer, Christoph (1994): Critical International Relations. Kritik am neorealistischen Paradigma der Internationalen Beziehungen, in: Prokla, 24(2) Heft 95, 303-323.

Schlosberg (2012): Justice, Ecological Integrity, and Climate Change. In: Thompson, Allen/ Bendik-Keymer, Jeremy (Hg.): Ethical Adaptation to Climate Change. Human Virtues of the Future. Cambridge/ London: MIT Press.

Schlosberg, David (2009): Defining Environmental Justice: Theories, Movements, and Nature. Oxford: Oxford University Press.

Schlosberg, David/ Carruthers, David (2010): Indigenous Struggles, Environmental Justice and Community Capabilities. In: Global Environmental Politics (10) 4. S. 12-35.

Schön, Georg (2008): Somos viento - Wir sind der Wind: Globalisierte Bewegungswelten in Lateinamerika. UNRAST-Verlag: Münster.

Schützhofer, Timm B. (2011): Nicaragua: Neue Wege in Sozialpolitik und ländlicher Entwicklung. Das Programa Productivo Alimentario der Regierung Ortega. In: OneWorld Perspectives, Universität Kassel. Working Papers 01/2011.

Segebart, Dörte/ Schnurr, Carolin (2010): Was kommt nach Gendermainstreaming? Herausforderungen an die Geographische Entwicklungsforschung in der Geschlechterforschung. In: Geographische Rundschau 62(10). S. 58-63.

Serra Vázquez, Luis (o.J.): Los retos de la participación ciudadana a nivel municipal en Nicaragua. Red Nicaragüense por la Democracia y el Desarrollo Local. Managua.

Smykalla, Sandra/ Vinz, Dagmar (2011): Intersektionalität zwischen Gender und Diversity. Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit. Westfälisches Dampfboot: Münster.

Stuart Almendárez, Roberto (2009): Consejos del Poder Ciudadano y gestión pública en Nicaragua. Managua: Centro de Estudios y Análisis Político.

Sundberg, Juanita (2008): Tracing Race: Mapping Environmental Formations in Environmental Justice Research in Latin America. In: Carruthers, David V.: Environmental justice in Latin America: problems, promise, and practice. Cambridge/ London: MIT Press.

Swnygedouw, Erik (2004): Globalisation or 'Glocalisation'? Networks, Territories and Rescaling. In: Cambridge Review of International Affairs (17) 1. S. 25-48.

Taylor, Charles (1994): Multiculturalism. Princeton: Princeton University Press.

Thomas, David/ Twyman, Chasca (2006): Adaptation and Equity in Resource Dependent Societies. In: Adger, Neil/ Paavola, Jouni/ Huq, Saleemul/ Mace, M.J. (2006): Fairness in Adaptation to Climate Change. Cambridge/ London: MIT Press.

Tittor, Anne (2013): Geschlechterregime und Sozialpolitik in Argentinien und Brasilien. In: Burchardt, Hans-Jürgen/ Dietz, Kristina/ Öhlschläger, Rainer (Hg.):



Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Studien zu Lateinamerika Nr. 20. Baden-Baden: Nomos.

Tittor, Anne (2012): Protestzyklen sozialer Bewegungen in Lateinamerika. In: Burchardt, Hans-Jürgen/ Öhlschläger, Rainer (Hg.): Soziale Bewegungen und Demokratie in Lateinamerika. Ein ambivalentes Verhältnis. Baden-Baden: Nomos.

Towers, G. (2000): Applying the Political Geography of Scale: Grassroots Strategies and Environmental Justice. In: Professional Geographer 52(1). S. 23–36.

Unmüßig, Barbara (2011): NGOs in der Klimakrise: Fragmentierungsprozesse, Konfliktlinien und strategische Ansätze. In: Brunnengräber, Achim (Hg.): Zivilisierung des Klimaregimes - NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. S. 45-58.

UNFCCC (1992): Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen. URL: www.unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2012).

Urkidi, Leire/ Walter, Mariana (2011): Dimensions on environmental justice in anti-gold mining movements in Latin America. In: Geoforum 42. S. 683-695.

WCED - World Commission on Environment and Development: Our Common Future (1987): Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. URL: <http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm> (letzter Zugriff: 18.07.2012).

Westra, Laura/ Wenz, Peter (2001): Faces of Environmental Racism: Confronting Issues of Global Justice, Rowman & Littlefield, 2. Auflage.

Werner, Meike (2011): Klimawandel und Powerfrauen in Nicaragua – wie ökologische Landwirtschaft und Empowerment zur Anpassung beitragen können. In: Heinrich-Böll-Stiftung: Women and Climate Change Prize Winners and Finalists of the European Greens Essay Contest. URL: http://www.boell.de/downloads/Essay-Contest-i_1_EN.pdf (19.03.2012).

Winker, Gabriele/ Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit. Bielefeld: transcript Verlag.

Wolff, Jonas (2012): Demokratie in Bewegung. Neue soziale Bewegungen und die umkämpfte Demokratisierung der Demokratie in Argentinien, Bolivien und Ecuador. In: Burchardt, Hans-Jürgen/ Öhlschläger, Rainer (Hg.): Soziale Bewegungen und Demokratie in Lateinamerika. Ein ambivalentes Verhältnis. Baden-Baden: Nomos.

Zibechi, Raúl (2011): Territorien des Widerstands. Eine politische Kartografie der urbanen Peripherien Lateinamerikas. Berlin und Hamburg: Assoziation A.

Weblinks:

El Pueblo Presidente: <http://www.elpueblopresidente.com/> (12.06.2014).

La Primerisima (2007): Ortega firma otro decreto para confirmar la creación de los CPC y reorganiza el Conpes, 29.11.2007. URL: <http://www.radiolaprimerisima.com/noticias/22276> (12.06.2014).

Massing, Armin/ Krämer, Michael (2009): Nicaragua von der Revolution bis heute. Eine Chronik. In: Lateinamerika Nachrichten 423/424. URL: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/3695.html> (12.06.2014).

UNDP – Human Development Reports: <http://hdr.undp.org/en/statistics/ihdi/> (12.06.2014).